

RESPEKT STATT RESSENTIMENT

Strategien gegen
die neue Welle von
Homo- und Transphobie

.....
Berlin, Werkstatt der Kulturen
Mittwoch, 10. Juni 2015

DOKUMENTATION

.....

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

25 Jahre
für Vielfalt 
Lesben- und Schwulenverband

Gefördert durch das



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Inhalt

GRUSSWORT der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig	3
ZUM THEMA Respekt statt Ressentiment. Strategien gegen die neue Welle von Homo- und Transphobie .Gefördert.durch.das.	
▪ Worum geht es?	5
EINFÜHRUNG Für eine gesamtgesellschaftliche Strategie gegen Homo- und Transphobie	6
▪ Begrüßung von Dr. Heike Radvan , Amadeu Antonio Stiftung	6
▪ Begrüßung von Günter Dworek , Bundesvorstand LSVD	9
▪ Homo- und Transphobie im gegenwärtigen Deutschland: Aktuelle Ergebnisse der Studien zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit [Prof. Dr. Andreas Zick]	12
FORUM 1 „Gott, Familie, Abendland“	13
▪ Geschlechter- und familienbezogene Positionen der AfD [Andreas Kemper]	13
▪ Familienpopulismus und Antifeminismus als Kitt zwischen extremer Rechter und ,Mitte der Gesellschaft‘ [Juliane Lang]	16
FORUM 2 Transfeindlichkeit	20
▪ Transfeindlichkeit und Transrechte in Europa [Noah Keuzenkamp]	20
▪ Transphobie, Transfeindlichkeit und geschlechtliche Vielfalt in Deutschland [Arn Sauer]	25
FORUM 3 Mehrfachdiskriminierung	29
▪ Diskriminierung ist nicht nur Hass – sie kann auch ganz freundlich sein [Dr. Jennifer Petzen]	29
▪ Alle Frauen sind weiß, alle Schwarzen sind Männer, einige von uns aber sind mutig [Dr. Zülfukar Çetin]	32

STRATEGIEPODIUM Freiheitsgefährdungen für LSBTI durch Rechtspopulismus und Rechtsextremismus	35
▪ Über die Diskussion im Strategie-Podium [Klaus Jetz]	35
FORUM 4 Nationaler Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie	39
▪ Ergebnisse des Offenen Panels [Zusammenfassung Jun.-Prof. Dr. Anne Schondelmayer]	39
FORUM 5 Vielfalt und Respekt vermitteln	43
▪ Akademisierung und Professionalisierung sexueller Bildung und Beratung [Prof. Dr. Harald Stumpe]	43
▪ Vielfalt und Respekt vermitteln – Ideen für Initiativen einer Pädagogik der Vielfalt [Katja Krolzik-Matthei]	45
▪ Homo- und Transphobie in der Schule: Die Rolle der Lehrkräfte und der Widerstand gegen die Berücksichtigung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt [Prof. Dr. Ulrich Klocke]	47
FORUM 6 Unterhaltungswert Homophobie?	51
▪ Aus Versehen diskriminierend. Homo- und Transfeindlichkeit in deutschen Medien [Katrin Gottschalk]	51
▪ Unterhaltungswert Homophobie? [Dr. Jobst Paul]	55
KULTURPROGRAMM	58
▪ Poetry Slam [Musa Okwonga]	58
Über die Referent_innen	60
Veranstalter, Kontakt und Impressum	66



GRUSSWORT der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig,

für die Dokumentation des Kongresses „Respekt statt Ressentiment – Strategien gegen die neue Welle von Homo- und Transphobie“ des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland [LSVD] und der Amadeu Antonio Stiftung

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine Veranstaltung durchzuführen, die gebündelt die Breite der aktuellen Herausforderungen im Kampf für gleiche Rechte und gegen Diskriminierung und Gewalt in den Blick nimmt, ist an sich schon eine Herausforderung. Der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland, der mit diesem Konzept an das Bundesfamilienministerium herantreten ist, wollte dafür Teilnehmende aus der Demokratieförderung, der Bildungsarbeit, aus Wissenschaft und Politik, aus den Medien, aus Kunst und Kultur, Antirassismus- und Akzeptanzarbeit sowie LGBTI-Organisationen gewinnen – auch dies keine kleine Aufgabe. Diese Vielfalt aber ist nötig, um der Vielfalt der Themen auf den Grund zu gehen. Das Bundesfamilienministerium hat die Durchführung des Kongresses gerne unterstützt.



Bildnachweis: Bundesregierung/Denzel

Im Nachhinein zeigt sich: Es hat sich gelohnt! Es war ein guter Kongress. Dafür gebührt dem Lesben- und Schwulenverband in Deutschland und der Fachstelle Gender und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung großer Dank. Die Entscheidung beider Institutionen, für die Durchführung des Kongresses eng zusammenzuarbeiten, war richtig und hat funktioniert. In den verschiedenen Foren, auf dem Podium und in den Pausen konnten Kenntnisse vertieft, Argumente und Sichtweisen ausgetauscht werden. Dazu haben auch die vielen Fachleute beigetragen, die die Foren und das Podium eingeleitet und moderiert haben. Es wurde über Mechanismen und Zusammenhänge der verschiedenen Diskriminierungsformen gegenüber Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihres sozialen Status und ihrer sexuellen Orientierung gesprochen – allein dies

alles zusammenzubringen und offen miteinander darüber zu sprechen, ist ein großer Gewinn. Bestehende Kontakte konnten erneuert und vertieft werden, für die interdisziplinäre Zusammenarbeit gab es viele inhaltliche Impulse und viele ausgetauschte Visitenkarten und Handynummern. Der Austausch geht weiter! Auch die Ergebnisse in der vorliegenden Dokumentation werden dabei helfen.

Viele Initiativen, Träger und Projekte bieten Gelegenheit, Erkenntnisse des Kongresses praktisch wirksam werden zu lassen. Die Aktivitäten des Bundes bündelt der Nationale Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz, den wir um die Themen Homophobie und Transphobie erweitern wollen. Ich wünsche Ihnen eine interessante und erkenntnisreiche Lektüre und uns allen viel Erfolg dabei, Homophobie und Transphobie entschlossen und wirksam entgegenzutreten.

Mit freundlichen Grüßen



Manuela Schwesig

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



ZUM THEMA | Respekt statt Ressentiment. Strategien gegen die neue Welle von Homo- und Transphobie

Worum geht es?

Für eine demokratische Gesellschaft sollte es selbstverständlich sein, Lesben, Schwule und trans- und intergeschlechtliche Menschen als gleichberechtigten Teil der Gesellschaft anzuerkennen. In jahrzehntelangen Kämpfen wurden Fortschritte bei der rechtlichen Anerkennung und gesellschaftlichen Akzeptanz von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen erreicht. Diese positive Grundstimmung erweist sich derzeit jedoch als brüchig. Antifeministische Strömungen und religiös fundamentalistische Bewegungen verbinden sich aktuell mit homo- und transphoben Meinungen, die zum Teil auch in der „Mitte der Gesellschaft“ vertreten werden. Hier entstehen Anschlüsse an die Rhetorik rechtspopulistischer und rechtsextremer Lager.

Um demokratische Grundwerte wie Freiheit, Gleichheit und Respekt muss täglich neu gerungen werden. Notwendig sind breite gesellschaftliche Bündnisse gegen Rassismus, Antisemitismus, Homo- und Transphobie sowie jede weitere Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung ist notwendig, um Diskriminierung gezielt zu bekämpfen. Ein wichtiges Element kann ein nationaler Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie sein, wie er im Koalitionsvertrag für die gegenwärtige Bundesregierung in Aussicht gestellt wurde. Alle gesellschaftlichen Kräfte sind aufgefordert, sich bei der Arbeit gegen Homo- und Transphobie einzubringen: Vereine und Verbände, Gewerkschaften und Unternehmen, Medien, Wissenschaft, Kultur und Sport, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Es geht um den Erhalt demokratischer Grundwerte, von denen wir alle profitieren.

Wie solche gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Interventionen gestaltet, wie Strategien gegen diese neue Welle von Homo- und Transphobie entwickelt werden können, stand im Mittelpunkt des Kongresses „Respekt statt Ressentiment. Strategien gegen die neue Welle von Homo- und Transphobie“, den der LSVD zusammen mit der Amadeu Antonio Stiftung am 10. Juni in der Berliner Werkstatt der Kulturen veranstaltet hat. Unterstützt wurde die Veranstaltung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [BMFSFJ].

- Die gesamte Online-Dokumentation des Kongresses mit Vorträgen, Videos und Fotos finden Sie auf der Website: www.respekt-statt-ressentiment.de
- Die Berichterstattung über Foren und Podien finden Sie im Blog des LSVD unter der Webadresse: www.lsvd-blog.de/?p=11003



EINFÜHRUNG | Für eine gesamtgesellschaftliche Strategie gegen Homo- und Transphobie

Begrüßung von Dr. Heike Radvan, Amadeu Antonio Stiftung

Liebe Gäste,

ich freue mich sehr, Sie und Euch in der Werkstatt der Kulturen zum Kongress „Respekt statt Ressentiment“ begrüßen zu können. Es gab für uns in der Amadeu Antonio Stiftung mehrere Gründe, gemeinsam mit dem Bundesverband des LSVD diesen Kongress vorzubereiten. In unserer Arbeit setzen wir uns für eine demokratische Alltagskultur ein, in der sich Menschen aktiv gegen Rassismen, Antisemitismen, gegen Homo- und Transfeindlichkeit und weitere Erscheinungen von Ausgrenzung und Gewalt engagieren. Die Stiftung unterstützt Menschen, die von rechter Gewalt betroffen sind, sowie diejenigen, die alltäglich Rassismus erfahren.



Wie auch bei der Auseinandersetzung mit Antisemitismus oder Rassismus ist es wichtig, dass es im Kampf für eine Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen breite Bündnisse gibt. Antisemitische und ebenso homo- und transfeindliche Gewalt geht alle an, die in einer offenen Gesellschaft leben wollen. Daher bin ich froh über unsere Kooperation. Für uns als Amadeu Antonio Stiftung ist es selbstverständlich, mit Aktivist_innen aus den lesbischen, schwulen, trans- und queeren communities zusammenzustehen und solidarisch zu sein mit denjenigen, die sich bereits seit Jahrzehnten gegen Homo- und Transfeindlichkeit einsetzen und hier sehr viel erreicht haben.

In der Fachstelle ‚Gender und Rechtsextremismus‘ richten wir den Blick auf die Bedeutung, die der Kategorie ‚Geschlecht‘ in der Arbeit gegen Rechtsextremismus zukommt; denn häufig wird übersehen, welche Relevanz das traditionelle, biologistische Geschlechterrollenmodell innerhalb von Neo-nazi-Szenen einnimmt. Und es wird ebenso übersehen, wie stark anschlussfähig damit verbundene Vorstellungen von „dem richtigen deutschen Mann“ und „der richtigen deutschen Frau und Mutter“ bis in die sogenannte Mitte der Gesellschaft sind. Diese Anschlüsse – und darin sehe ich die eigentliche aktuelle Gefahr im modernen Rechtsextremismus – zeigen sich, wenn z.B. in sogenannten Qualitätsmedien antifeministische Stimmen gegen Gender Mainstreaming polemisieren. Und sie zeigen sich, wenn christlich-fundamentalistische Milieus gegen emanzipatorische Sexualpädagogik demonstrieren und gleichzeitig das bürgerliche Familienmodell als das alleinige einfordern.

Die im Titel des Kongresses benannte „Neue Welle der Homo- und Transphobie“ bedeutet aus unserer Sicht mehreres: Zum einen haben wir es mit Trägergruppen zu tun, die ihre anti-emanzipatorischen Positionen heute lauter äußern; denn die aktuelle Homo- und Transfeindlichkeit ist nicht neu im Sinne eines strukturell veränderten Phänomens. Mit dem Kongress geht es uns aber auch darum, die Verbindungen zwischen den verschiedenen Ideologieelementen kenntlich zu machen; denn Menschen, die sich antifeministisch, homophob und transfeindlich äußern, stimmen mit höherer Wahrscheinlichkeit auch antisemitischen, rassistischen und behindertenfeindlichen Aussagen zu. Daher heißt Arbeit für eine demokratische Alltagskultur für uns, *Vielfalt* im eigentlichen Sinne zu fördern: z.B. auch Familienmodelle zu stärken, die über Praxen der traditionell-bürgerlichen Ehe und Kleinfamilie hinausgehen. Und es heißt, Lebensentwürfe sichtbar zu machen und zu stärken, die das binäre Konstrukt von Mann und Frau verlassen und eine Vielfalt von Geschlechtern ermöglichen. Die Gewalt gegen Trans*- und Inter*-Personen und gegen weitere Menschen, die sich nicht zur heteronormativen Konstruktion von Frau und Mann zugehörig erklären, ist nach wie vor signifikant hoch und wird häufig, insbesondere auch von den sogenannten Sicherheitsbehörden, kaum wahrgenommen und oft nicht anerkannt. Auch wenn es heute mehr Sichtbarkeit von LSBTI und mehr Akzeptanz gibt, ist es nach wie vor notwendig, dass Personen wie Conchita Wurst oder eine vom Habitus her eher männlich konnotierte lesbische Frau als gleichwertig anerkannt werden. Das heißt auch, dass ihnen ohne eine besondere Aufmerksamkeit im Alltag – also ohne ‚Besonderung‘ – begegnet wird.

„Menschen, die sich antifeministisch, homo- und transfeindlich äußern, stimmen mit höherer Wahrscheinlichkeit auch antisemitischen, rassistischen und behindertenfeindlichen Aussagen zu. Daher heißt Arbeit für eine demokratische Alltagskultur für uns, Vielfalt im eigentlichen Sinne zu fördern.“

Gleichzeitig ergibt sich daraus die Verantwortung, eigene Leerstellen und Stereotype kritisch wahrzunehmen. Hierbei geht es zuallererst um die Beachtung von Mehrfachdiskriminierung. Was heißt das? Wir haben als Stiftung vor kurzem, gemeinsam u.a. mit dem LSVD, eine Buchvorstellung gefördert. In diesem Roman wird die Lebensgeschichte von Wolfgang Lauinger erzählt, der ab 1933 als Jude, als schwuler Mann und als Angehöriger der Swing-Jugend von den Nationalsozialist_innen und im Kontext des §175 auch nach 1945 in Westdeutschland weiterhin verfolgt wurde. Oft werden verschiedene Zugehörigkeiten und damit verbundene Verfolgungen, wie sie in dieser Biografie deutlich werden, nicht berücksichtigt, und es wird nur an eine dieser Zugehörigkeiten erinnert. Auch in der Gegenwart scheint dies weiterhin schwierig. Bevor eine Veranstaltung zustande kommt oder einer Verlagsveröffentlichung zugestimmt, fragt man: Was war diese Person denn nun? War sie/er Jude oder Jüdin? War sie/er überhaupt schwul oder lesbisch? Das führt dazu, dass bestimmte Geschichten auch weiterhin *nicht* erzählt werden.

Herausforderungen im Umgang mit Mehrfachdiskriminierung zeigen sich auch in der Benachteiligung von Menschen, die Rassismus erfahren und *zudem* von Homo- oder Trans-feindlichkeit betroffen

sind. Sie finden oft nicht die entsprechenden Beratungsangebote und weiteren Ressourcen. Mehrfachdiskriminierung führt oft zu einer Verstärkung von Benachteiligungen. Das zeigt sich z.B. auch für Lesben, Schwule, Trans* im Alter, für die es gerade in ländlichen Räumen kaum entsprechende Angebote gibt.

Hierbei geht es mir auch um die Situation queerer Geflüchteter, die in Asylbewerberheimen wohnen und deren Situation oft prekär ist. Ich war erstaunt, als eine Kollegin im ländlichen Raum davon berichtete, dass alteingesessene LSBTI-Vereine vor Ort noch keinen Kontakt aufgenommen oder diese Möglichkeit bislang nicht bedacht hatten. Auch das war eine Motivation für diesen Kongress.

Grundsätzlich geht es darum, ungleiche Verteilungen von Ressourcen und Macht wahrzunehmen und darauf zu reagieren. Das heißt für uns als Amadeu Antonio Stiftung, im Sinne von Diversity gerade auch in der Personalpolitik darüber nachzudenken, wie ein Team für Kolleg_innen mit verschiedensten Zugehörigkeiten geöffnet werden kann. Also ein Team, in dem selbstverständlich People of Colour arbeiten, Lesben, Schwule, Trans*, Menschen unterschiedlichen Alters, Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen.

Letztlich bedeutet das ein Stück mehr an demokratischer Alltagskultur, worum es auch heute gehen soll. In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine interessante Veranstaltung, neue Gedanken und spannende Diskussionen.

Vielen Dank.



Begrüßung von Günter Dworek, Bundesvorstand LSVD

Akif Pirinçci, einer der besonders schrillen Marktschreier in Sachen Menschenfeindlichkeit, sagte kürzlich in einem Interview: „Ich habe in letzter Zeit nichts davon gehört, dass Homosexuelle bedrängt würden.“ Na so was. Der hört sich offenbar selbst nicht zu. Also, mir würden schon ein paar Dinge einfallen: Berichte von jungen Lesben, Schwulen oder Transgender, in welcher widerlicher Weise sie an ihrer Schule gemobbt und misshandelt wurden. Oder dass es auch in Deutschland ein Risiko sein kann, als Drag Queen oder gleichgeschlechtliches Paar einfach Hand in Hand auf der Straße zu flanieren.



Und ‚Homosexuelle‘ werden bedrängt, wenn sich Talkshow-Hassplauderer anmaßen, über unser Leben zu Gericht zu sitzen und Zensuren zu verteilen. So darf in der Talkshow bei Anne Will zu der Fragestellung „Streitfall Homo-Ehe: Bekommen wir bald irische Verhältnisse?“ der CSU-Politiker Thomas Goppel auftreten, offenbar als Belohnung dafür, dass er per Pressemitteilung gleichgeschlechtliche Beziehungen als „willkürliche Modelle“ und „Sonderformen“ beschimpft hat, die keinen „Qualitätsstempel“ verdienen. Ich finde ja, so etwas sprengt deutlich die Grenzen bürgerlichen Anstands.

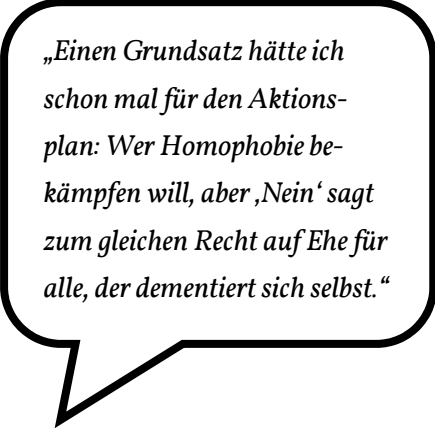
Nach dem Referendum in Irland hatte es den üblichen Verdächtigen in Sachen homophober Hassparolen für einige Tage die Sprache verschlagen. Sie waren in Schockstarre, behaupten sie doch gerne, das Sprachrohr einer unterdrückten schweigenden Mehrheit zu sein, die durch irgendwelche mysteriösen Verschwörungen einer angeblich allmächtigen Homolobby geknechtet würde. Und dann votierten in einem grandiosen, fröhlichen, demokratischen Bürgerfest fast zwei Drittel für das gleiche Recht auf ‚Ehe für alle‘. Dumm gelaufen, Frau Kelle, dumm gelaufen, Frau von Storch.

Für Deutschland deuten Meinungsumfragen auf eine ähnliche Stimmung hin. Homophob Denkende sind heute bei uns eine Minderheit. Das ist ein bedeutender zivilisatorischer Fortschritt. Aber homo- und transphobe Stimmen werden wieder lautstärker. Sie haben angefangen, neu zu mobilisieren, und sie sind nicht ohne Wirkung. Ihre Parolen verletzen. Sie treffen junge Menschen im Coming-out. Sie schlagen Wunden bei deren Eltern, Geschwistern und Freund_innen. Sie bieten Gewalttätern ideologische Rechtfertigung. Sie verlangsamen den Prozess von Gleichstellung und Akzeptanz.

Zu ihren politischen Schlachtfeldern gehört die Bildungspolitik. Christliche Fundamentalist_innen und Rechtspopulist_innen kämpfen mit Desinformation seit an seit gegen eine Pädagogik der Vielfalt. Sie bilden dabei Netzwerke auch über Deutschland hinaus. Mit schmachtendem Blick auf den starken Mann in Moskau formiert sich offenbar eine Internationale der Rassist_innen, Homophoben und Demokratieverächter_innen. Sie findet auch Anschlüsse bis in die Mitte der Gesellschaft.

In Niedersachsen verkündete die schulpolitische Sprecherin einer Landtagsfraktion, „auf keinen Fall“ dürfe man „Schwule und Lesben in den Klassen allein gegenüber den Kindern auftreten“ lassen. Dieser Wunsch nach gesellschaftlicher Quarantäne, nach Exklusion, nach Kontaktsperre – das ist nicht das Menschenbild des Grundgesetzes. Eine demokratische Gesellschaft muss vielmehr gleiche Rechte, gleiche Teilhabe garantieren und ebenso die Freiheit, jederzeit und an jedem Ort verschieden sein zu können.

Mit dem Kongress richten wir heute den Fokus auf Homophobie und Transphobie, aber wir wollen das nicht isoliert betrachten. Wir wollen Verbindungen zu weiteren Formen von Menschenfeindlichkeit diskutieren, wir wollen nach gemeinsamen Strategien suchen. Die gegen Flüchtlinge genauso wie gegen einen angeblichen „Gender-Wahn“ angründenden Pegida-Marschierer, die religiösen Fundis, die uns „heilen“ wollen, AfD-Rechtspopulist_innen, die nach Putins Vorbild so genannte „Werbung für Homosexualität“ verbieten möchten, sie alle



„Einen Grundsatz hätte ich schon mal für den Aktionsplan: Wer Homophobie bekämpfen will, aber ‚Nein‘ sagt zum gleichen Recht auf Ehe für alle, der dementiert sich selbst.“

haben etwas gemeinsam: Sie können die Vorstellung nicht ertragen, dass wir Menschen gleicher Würde wie sie selbst sind, ausgestattet mit gleichen Rechten. Und das sind die gleichen Mechanismen wie bei Rassismus, Klassismus oder Islamfeindlichkeit. Das ist auch der Kern von Transphobie, der Kern von Homophobie. Sie betrachten uns als minderwertig. Sie fühlen sich beleidigt, weil sie uns heute nicht mehr ohne weiteres beleidigen können. Ich finde, das ist wirklich krank.

Es ist vergebens, Leute überzeugen zu wollen, die es für ihre Identität brauchen, andere wegen dem abwerten, was sie sind. Es hat auch keinen Sinn, ernsthaft mit Agitator_innen zu argumentieren, deren kommerzielles oder politisches Geschäftsmodell „Verkaufe Ressentiments“ ist. Aber es ist entscheidend, dass wir uns gemeinsam zugewandt und argumentativ um diejenigen Menschen kümmern, die vielleicht angesichts unserer vielfältigen Gesellschaft ein Unbehagen empfinden, die Ängste und Entfremdungsgefühle haben, aber für eine Kultur des Respekts gewonnen werden können.

Im Koalitionsvertrag der jetzigen Bundesregierung heißt es: „Der ‚Nationale Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogener Intoleranz‘ soll um das Thema Homo- und Transphobie erweitert werden.“ Ein wichtiger Baustein dazu ist, dass das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend unseren Kongress möglich gemacht hat. Herzlichen Dank an Ministerin Schwesig und die Mitarbeiter_innen ihres Hauses! Ich hoffe, unsere heutigen Beratungen können der Bundesregierung viele gute Ideen mit auf den Weg geben.

Einen Grundsatz hätte ich schon mal für den Aktionsplan: Wer Homophobie bekämpfen will, aber ‚Nein‘ sagt zum gleichen Recht auf Ehe für alle, der dementiert sich selbst.

Als Antwort bekommt man gesagt, jede/r habe eben seine oder ihre eigene Meinung. Ist hier wirklich alles so beliebig? Es macht doch einen gewaltigen Unterschied, ob der Staat diejenigen in ihrer Haltung stützt, die Lesben und Schwulen für etwas Minderwertiges halten, nicht würdig der gleichen Rechte. Oder ob die jetzt heranwachsende Generation von Lesben und Schwulen die erste in der Geschichte sein wird, die sich darauf verlassen kann, dass unser Staat ihnen die gleichen Möglichkeiten auf Entfaltung, auf Respekt und Menschenwürde gewährt wie allen anderen auch.

Um es mit einem Kanzlerinnen-Wort auszudrücken: „Diesen Unterschied zu benennen, das ist keine Diskriminierung.“

■ Siehe dazu Online-Bericht im LSVD-Blog: www.lsvd-blog.de/?p=10410



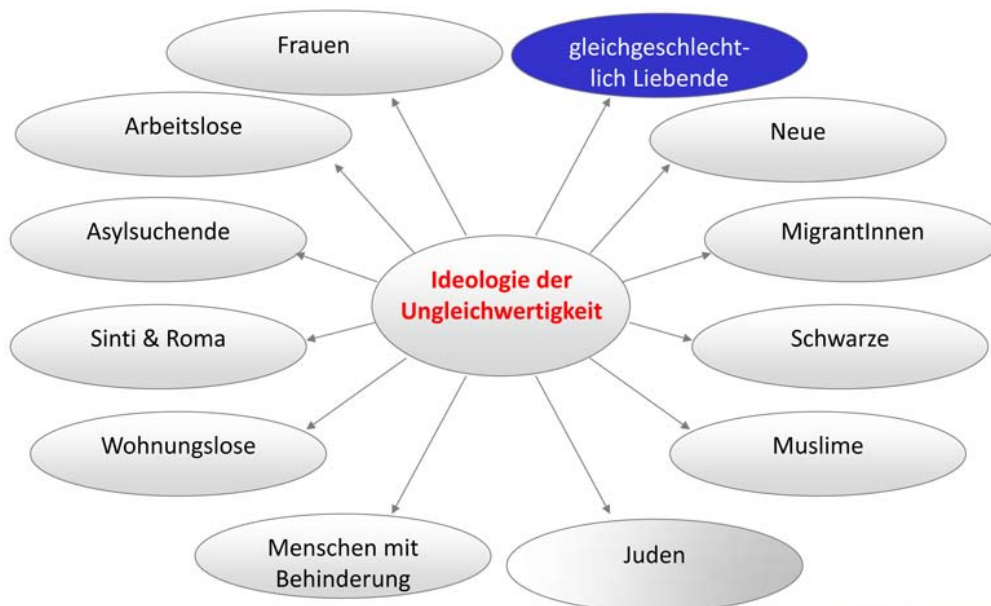
Homo- und Transphobie im gegenwärtigen Deutschland: Aktuelle Ergebnisse der Studien zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit [Prof. Dr. Andreas Zick]



„Intoleranz und Diskriminierung sind Gefahren für den Zusammenhalt pluraler und demokratischer Gesellschaften. Sie zeigen an, inwieweit die Mehrheit bereit ist, soziale, ethnische, kulturelle und religiöse Minderheiten und vermeintlich ‚Anderer‘ oder ‚Fremde‘ als gleichberechtigte Mitglieder zu akzeptieren und zu beteiligen, oder, im Gegenteil, sie von gleichberechtigter Teilhabe auszuschließen. Ihr sichtbarster Ausdruck ist das Vorurteil. Damit bieten Indikatoren der Intoleranz, wie Vorurteile, antidemokratische Einstellungen

und die Bereitschaft, andere zu diskriminieren, sensible Messinstrumente der sozialen Kohäsion einer Gesellschaft.“¹

Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit



- Video des Vortrags von Prof. Andreas Zick: www.lsvd-blog.de/?tag=kongress2015
- Bericht zum Vortrag im LSVD-Blog: www.lsvd-blog.de/?p=10404
- Studie zum Download: <http://library.fes.de/pdf-files/do/07905-20110311.pdf>

¹ Aus dem Vorwort zur Studie: „Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung“ von Andreas Zick, Beate Küpper, Andreas Hövermann, Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin 2011.



FORUM 1 | „Gott, Familie, Abendland“

Das Familienbild und der Antifeminismus von Rechtspopulist_innen und religiös fundamentalistischen Gruppen bieten Anchlüsse für eine Mobilisierung von homo- und transphoben Einstellungen in der „Mitte der Gesellschaft“. Wie überschneiden sich die Diskurse, und welche unheimlichen Bündnisse formieren sich gegenwärtig?

Geschlechter- und familienbezogene Positionen der AfD [Andreas Kemper]

Die Alternative für Deutschland [AfD] hat sich nach dem Essener Parteitag im Juli 2015 gespalten. Der neoliberale Flügel um Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel trat nach einem Rechtsruck aus der Partei aus und gründete die neue Partei ‚Allianz für Fortschritt und Aufbruch [ALFA]‘. Diese Spaltung hatte sich lange angebahnt und beruht auf Widersprüchen, die sozialstrukturelle Gründe haben. So vertritt der neoliberale Flügel die Interessen einer bestimmten Kapitalfraktion, der Familienunternehmens-Verbände, und hatte entsprechend die AfD im Januar 2013 im Zuge der Konflikte um die Griechenland-Politik gegründet. Die nationalkonservative Mehrheit hingegen vertritt vor allem die Interessen des Kleinbürgertums. Aber auch Adelsfamilien bzw. klerikal-aristokratische Netzwerke spielen in der AfD eine wichtige Rolle. Ein übergreifendes und weitgehend für Konsens sorgendes Thema in der AfD bis zum Essener Parteitag war die Geschlechterpolitik.



Neoliberale Positionen

Die neoliberalen Positionen sind geschlechterpolitisch durch eine Ablehnung von Quotenpolitik und eine Fixierung auf die Familie als „Keimzelle der Nation“ geprägt. Während transnationale Konzerne relativ offen für Diversity-Programme sind, zeigen sich die Verbände von Familienunternehmen in dieser Frage sehr rückwärtsgewandt und mit ihnen auch die neoliberalen Volkswirte, die nun die AfD verlassen haben und mit ALFA einen Neuanfang versuchen. Bernd Lucke als Chef von ALFA forderte Ende Juli 2015, dass Akademiker in Deutschland mehr Kinder bekommen müssten. Auch ALFA wendet sich im Parteiprogramm generell gegen ‚Political Correctness‘ und ‚Gender-Mainstreaming‘. Dennoch ist ALFA in Geschlechterfragen moderater als die AfD.

Ein ideologisch verwandter, ebenfalls neoliberaler Flügel ist in der AfD geblieben. Es handelt sich um die Libertäre Alternative, die rechtslibertäre Positionen vertritt. Vertreten wird diese Position durch

Sven Tritschler, Vorsitzender der Jungen Alternative, und Marcus Pretzell, Chef des Landesverbandes der AfD in NRW. Die Rechtslibertären wollen einen Minimalstaat, der sich jeder Affirmative Action-Politik zu enthalten habe.

Antisäkuläre Positionen

Antisäkuläre Positionen vertritt vor allem das Netzwerk ‚Zivile Koalition e.V.‘ von Beatrix von Storch. Bestandteil dieses Netzwerkes ist die Website ‚Familien-Schutz.de‘ von Hedwig von Beverförde und die Internetpräsenz ‚Demo für alle‘. Mit diesen beiden Initiativen wird in Stuttgart die Demo für alle koordiniert, die bislang gegen eine vermeintliche „Frühsexualisierung“ durch den Bildungsplan 2015 der baden-württembergischen Landesregierung agitierte, die sich nun aber auch gegen eine Ehe für alle wendet, was bei der letzten Demonstration für einen enormen Anstieg auf 4.000 Demonstrant_innen sorgte.

Beatrix von Storch sitzt für die AfD im Europäischen Parlament und koordiniert dort die Familien- und Geschlechterpolitik für die drittgrößte Fraktion ‚European Conservatives and Reformists Group‘ [ECR]. Sie tauscht sich mit ihrem Cousin Paul von Oldenburg aus, der ebenfalls in Brüssel die Politik der rechtskatholisch-monarchistischen ‚Gesellschaft zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum‘ [TFP] europaweit mitgestaltet. Mit einem anderen Cousin, Philipp von Preußen, ein rechts-evangelischer Monarchist, hatte Storch während des letzten ‚Marsches für das Leben‘ in Berlin ein Vorprogramm durchgeführt.

Seit dem Essener Parteitag, an dem Storch in den Vorstand der AfD gewählt wurde, wo sie nun in der Programmkommission sitzt, hat ihre Strömung an Gewicht gewonnen. Unter anderem zeigt sich dies am ‚Pforzheimer Kreis/Christen in der AfD‘, dessen Mitglied Eberhard Brett zum Bundesschiedsrichter der Partei gewählt wurde. Auf Initiative eines weiteren Mitgliedes dieses Kreises wurde während des Landesparteitages in Baden-Württemberg im Juli 2015 einstimmig eine Anti-Gender-Resolution verabschiedet, die u.a. folgende Inhalte aufweist: Alle Antidiskriminierungsmaßnahmen müssen sofort beendet werden, einschließlich Bundesgleichstellungsgesetz, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, Gleichstellung im Landeshochschulgesetz Baden-Württembergs. Ebenso seien Gender-Mainstreaming, Quotierung und Gender-Studies sofort zu beenden. Sämtliche Stellen für Gleichstellung seien sofort zu streichen, ebenso Diversity-Offices. Eine staatliche „Nivellierung der Unterschiede zwischen Frauen und Männern“ sei zu stoppen. Propaganda dürfe von staatlichen Stellen nur noch für die klassische Familie gemacht werden, aber keinesfalls für andere „sexuelle Verhaltensweisen“. Zitat: „Die gegen die Natur des Menschen gerichtete Gender-Ideologie ist einer der wichtigsten bevölkerungspolitischen Herausforderung, vor der Deutschland steht, nämlich die Geburtenrate signifikant zu steigern, in extremer Weise abträglich.“ [aus der AfD-Gender-Resolution 2015]

„Die gegen die Natur des Menschen gerichtete Gender-Ideologie ist einer der wichtigsten bevölkerungspolitischen Herausforderung, vor der Deutschland steht, nämlich die Geburtenrate signifikant zu steigern, in extremer Weise abträglich.“ [aus der AfD-Gender-Resolution 2015]

Resolution verabschiedet, die u.a. folgende Inhalte aufweist: Alle Antidiskriminierungsmaßnahmen müssen sofort beendet werden, einschließlich Bundesgleichstellungsgesetz, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, Gleichstellung im Landeshochschulgesetz Baden-Württembergs. Ebenso seien Gender-Mainstreaming, Quotierung und Gender-Studies sofort zu beenden. Sämtliche Stellen für Gleichstellung seien sofort zu streichen, ebenso Diversity-Offices. Eine staatliche „Nivellierung der Unterschiede zwischen Frauen und Männern“ sei zu stoppen. Propaganda dürfe von staatlichen Stellen nur noch für die klassische Familie gemacht werden, aber keinesfalls für andere „sexuelle Verhaltensweisen“. Zitat: „Die gegen die Natur des Menschen gerichtete Gender-Ideologie ist einer

der wichtigsten bevölkerungspolitischen Herausforderung, vor der Deutschland steht, nämlich die Geburtenrate signifikant zu steigern, in extremer Weise abträglich.“ Stattdessen bräuchte es eine „Willkommenskultur für Un- und Neugeborene“. Abtreibungen dürften nicht länger „bagatellisiert“ oder staatlich unterstützt werden. Auch sei „sittenwidriger“ Sexualkundeunterricht zu stoppen. Ein ähnlicher Antrag kam bereits aus Mecklenburg-Vorpommern, wo wie in Baden-Württemberg 2016 ebenfalls Landtagswahlen sind. Diese Position dürfte in der AfD mehrheitsfähig sein.

Neurechte Positionen

Die Neue Rechte, die ideologisch an der Konservativen Revolution der 1920er und 1930er Jahre anknüpft, ist in der AfD gespalten. Während Dieter Stein [Junge Freiheit] und Karlheinz Weißmann realpolitisch die Etablierung einer Partei rechts von der CDU/CSU erhoffen, setzen Götz Kubitschek [Sezession] und Björn Höcke auf eine metapolitische Sammlungsbewegung, in der die AfD nur als Werkzeug gesehen wird. Im Folgenden gebe ich nur die Ideologie der metapolitischen Fraktion wieder.

Die Ideologie Björn Höckes [Landesfraktionschef der AfD Thüringen; Initiator des neurechten Flügels um die ‚Erfurter Resolution‘] basiert auf der Annahme, das „deutsche Volk“ sei „organisch gewachsen“. „Fremde“ könnten daher nicht integriert, sondern nur unter komplettem Verzicht ihrer eigenen kulturell geprägten Lebensweise „assimiliert“ werden. Daher könne die „demografische Katastrophe“ nicht durch Einwanderung abgewendet werden, sondern nur durch eine „aktive Bevölkerungspolitik“ für die „Drei-Kinder-Familie“. „Gesellschaftsexperimente“ wie die Ehe für alle seien zu stoppen, zumal es Lesben und Schwulen nur um Sexualität ginge, während hingegen die „Polarität der Geschlechter“ in der „natürlichen [heteronormativen, A.K.] Geschlechterordnung“ zur „deutschen Hochkultur“ beigetragen habe. „Gendermainstream“ sei ein „Sonntagskind der Dekadenz“ und Höcke verspreche, die „perverse“ „Geisteskrankheit“ „aus den Schulen und Hochschulen zu vertreiben“. „Gendermainstream“ sei als „Politische Korrektheit“ neben dem Nationalsozialismus und dem Stalinismus ein „dritter Totalitarismus“, der wie „Mehltau“ [Pflanzenkrankheit auf zellulärer Basis, A.K.] auf unserem Land liege. Die „historische Mission“ der AfD bestehe darin, dem „roten Block“ die „Begriffsherrschaft“ zu entwenden und dem auf „Volksempfinden“ basierenden „gesunden Menschenverstand“ wieder zur Geltung zu verhelfen. Hierzu bedürfe es eines „neuen Politikertypus“, der durch seine Vaterlandsliebe die „Anlagen des Volkes“ zu entfachen verstehe, um die „Neurotisierung“ zu überwinden, in der wir seit siebzig Jahren in der Weltpolitik dämmern“, um entsprechend zum „Eigenen“ zurückzufinden. Auch in der Bildungspolitik fordert der Oberstudienrat Höcke ein Ende der „Bildungsexperimente“ und eine Pädagogik der „positiven Unterordnungsfähigkeit“.



Familienpopulismus und Antifeminismus als Kitt zwischen extremer Rechter und ‚Mitte der Gesellschaft‘ [Juliane Lang]

In vehementen Angriffen gegen Feminismus und Gender hat die extreme Rechte seit Mitte der 2000er Jahre Themen ausgemacht, von denen sie sich Anschluss an Debatten um Geschlechterrollen und -Verhältnisse im bürgerlichen Mainstream verspricht. Die strömungsübergreifende Kampagne zielt nur vorgeblich auf Kursänderungen aktueller Familien- und Gleichstellungspolitiken: vielmehr geht es der extremen Rechten um Deutungsmacht und Einfluss in eben jene Diskurse, von denen sie andernorts ausgeschlossen ist.

Offen antifeministische Angriffe gegen Gender und die gleichstellungspolitische Strategie des Gender Mainstreaming startete die extreme Rechte erstmals im Sommer 2006.² Vorweg gingen ihnen mediale Debatten im Frühsommer 2006 um die Äußerungen der ehemaligen Nachrichtensprecherin Eva Herman sowie ein breit zitierter Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, in dem „Gender Mainstreaming“ als „politische Geschlechtsumwandlung“ bezeichnet wurde. Dies griffen auch Akteure der extremen Rechten auf und initiierten eine spektrenübergreifende Kampagne gegen „die Frauen-Quotenregelung, die Homo-Ehe und die frühkindliche Sexualaufklärung, um nur drei kleine Bausteine des Gender Mainstreaming zu nennen“³. Richteten sich die völkisch argumentierenden Angriffe anfänglich noch gegen den Begriff ‚Gender‘ und die „gesellschaftszersetzende Maßnahme ‚Gender Mainstreaming‘“⁴, griff man später auf den Begriff des „Genderismus“ zurück. Mit den Termini des „Genderismus“ und der „gegenderten

„Am Diskurs um ‚Gender‘ und eine angebliche „Frühsexualisierung“ wird deutlich, wie über politische Lager hinweg ein anti-moderner Diskurs über die Ordnung der Geschlechter und familiale Lebensformen geführt wird, in welchen sich auch die neonazistische extreme Rechte problemlos einreihen kann.“

Gesellschaft“ – in den Diskurs eingeführt und geprägt durch die christlich-fundamentalistischen Aktivistinnen Gabriele Kuby und Inge Thürkau – wurde Gender und die Annahme einer sozialen Gewordenheit von Geschlecht an ein gesellschaftliches Untergangsszenario angebunden und zum allumfassenden Feindbild erklärt. Es gelang der extremen Rechten, aus dem vormals weitgehend unbekanntem Begriff ‚Gender‘ ein umfassendes Feindbild zu stilisieren und im diskursiven Wissensbestand der Szene zu verankern. Heute dient der Begriff des „Genderismus“ einem heterogenen Milieu von Gender-Kritiker_innen auch außerhalb der extremen Rechten zur Bestimmung eines Untergangsszenarios und gemeinsamen Feindbildes. Dies zeugt von Anknüpfungspunkten zum Antifeminismus

² Vgl. hierfür: Lang, Juliane (2011): „Bedrohungsszenario ‚Gender‘ – Der aktuelle Diskurs um Geschlecht im Rechtsextremismus“. Unveröffentlichte Magisterarbeit am Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien (ZtG) der Humboldt-Universität zu Berlin.

³ So die extrem rechte Initiative „Free Gender – Gender-Terror abschaffen“ auf der eigenen Homepage.

⁴ Ebenda.

eines breiten Spektrums von Akteuren, wobei Themen von geschlechter- und familienpolitischer Relevanz hier als Scharnier zwischen extremer und bürgerlicher Rechter dienen.

Neben anderen ist es heute die Alternative für Deutschland [AfD], die mit ihren altbekannten Argumenten von „Genderismus“ und „gengerter Gesellschaft“ gegen den Einbezug einer Pädagogik der Vielfalt in die Lehrpläne allgemeinbildender Schulen [Stichwort „Früh-sexualisierung“] sowie gegen die Öffnung der bürgerlichen Ehe für homosexuelle Paare polemisiert. Die AfD versteht sich laut ihrer Vorsitzenden Frauke Petry nicht als völkisch rechte, wohl jedoch als „Familienpartei“, die einer „menschenfeindlichen Ideologie wie dem verqueren Genderismus [...], der uns mit aller Macht aufgezungen werden soll“⁵, entgegen treten will.

Familien- und Geschlechterpolitiken werden insbesondere vom dominanten rechts-konservativen Flügel der AfD auf die politische Agenda gesetzt und als Kampf des ‚kleinen Mannes‘ gegen eine übermächtige, EU-gesteuerte „Gender-Lobby“ stilisiert. Dass es sich bei der AfD mitnichten um den ‚kleinen Mann‘ handelt, ist leicht dem Wahlprogramm sowie einer soziologischen Analyse ihres Wähler_innenklientels zu entnehmen – nicht nur, aber auch in Bezug auf ihre geschlechter- und familienpolitische Agenda. Es geht der AfD nicht darum, familien- und kinderfreundliche Lebensbedingungen für alle in Deutschland Lebenden zu schaffen. Ganz im Gegenteil: Sprecher_innen der Partei bezeichnen Familienpolitik offen als ‚Bevölkerungspolitik‘, die sich an der Norm der heterosexuellen Mehrkind-Familie orientiert und alle anderen familialen Lebensformen an den Rand drängt. Im Familienpopulismus der AfD geht es letztlich um den Erhalt von Privilegien in einer von Ungleichheiten durchzogenen Gesellschaft: um das Vorrecht der traditionellen Familie gegenüber vielfältigen familialen Lebensformen, von Heterosexuellen gegenüber Homosexuellen, von Männern gegenüber Frauen.

Anders als neonazistische Akteure von NPD & Co vermeidet die AfD in der Regel explizit völkische Argumentationen. Und doch wird am Diskurs um ‚Gender‘ und um eine angebliche „Frühsexualisierung“ deutlich, wie über politische Lager hinweg ein anti-moderner Diskurs über die Ordnung der Geschlechter und über familiale Lebensformen geführt wird, in welchen sich auch die neonazistische extreme Rechte problemlos einreihen kann. Dabei ist die extreme Rechte nur ein Akteur unter vielen in ihren Angriffen gegen Gender⁶: Antifeministische Argumentationen ziehen sich wie ein roter Faden durch die Argumentationen von verbal-aggressiven Maskulinisten, selbsternannten „Lebensschützern“ und besorgniserregenden „besorgten Eltern“. Daneben sind es rechtsoffene bis offen rechte Zeitungen und Magazine, die antifeministischen Akteuren spektrenübergreifend als Bezugsgrößen dienen. Neben der ‚Jungen Freiheit‘ ist dies das rechts-offene ‚Compact-Magazin‘, das nach einer Konferenz unter dem Titel „Werden Europas Völker abgeschafft? Familienfeindlichkeit, Geburtenabsturz und sexuelle Umerziehung“ mit einer Schwerpunktausgabe zum Thema „Feindbild Familie – Politische Kriegsführung gegen Eltern und Kinder“ aufwartete.

⁵ Vgl.: AfD Sachsen, Wahlprogramm 2014.

⁶ Vgl. hierfür: Frey, Regina/Gärtner, Marc/Köhnen, Manfred/Scheele, Sebastian (2014): „Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie. Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse“, Kapitel 1. Herausgegeben von der Heinrich Böll Stiftung, 2. Auflage, Berlin: S. 9-23.

Die Themen der Konferenz wie auch des Heftes lesen sich wie ein Glossar antifeministischer Schlagworte: „Geburtenabsturz, Sexuelle Umerziehung, Gender Mainstream, Schulfach Schwul, Frühsexualisierung, Raubtierfeminismus“. Zu diesen Themen im Heft kamen – neben altbekannten Antifeminist_innen wie Eva Herman, Gabriele Kubly und der vormaligen Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Goslar, Monika Ebeling – auch der mit seinen rassistischen Thesen bekannt gewordene Thilo Sarrazin und der ehemalige Bundesminister Norbert Blüm zu Wort. In einem nachträglich veröffentlichten Zusammenschnitt der Konferenz heißt es: „Das Gender-Mainstreaming-Programm ist offensichtlich [...] eine Ideologie, deren Ziel es ist, eine neue Weltordnung zu schaffen. Eine Sozialideologie einer Mikro-Mikro-Minderheit, einer politischen Avantgarde, die ihr Programm mit großer systematischer Kraft zur Staatsdoktrin erhoben hat.“ Der Vorwurf der Ideologie wird hier und an anderer Stelle von Antifeminist_innen als argumentative Figur genutzt, die die eigene antidemokratische Haltung verschleiern soll und sich in einer antifeministischen Tradition bewegt.⁷ In anti-etatistischer Manier und in Verkennung realer gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse inszeniert man sich als Verteidigung der Meinungsfreiheit gegen eine machtvoll imaginierte Gender-Politik.

Auch wenn sich die aktuellen antifeministischen Mobilisierungen [vorgeblich] gegen den Einfluss profeministischer Akteur_innen in unterschiedlichen Bereichen wie u.a. der Schulpolitik richten, lässt sich doch konstatieren: Es braucht keineswegs eine starke feministische Bewegung, um antifeministische Reflexe zu bedienen. Der Antifeminismus generiert sich selbst seine Anlässe der Mobilisierung und schafft sich eigens seine Feindbilder, wie zum Beispiel das einer „gegenderten Gesellschaft“, die mit der ursprünglichen gleichstellungspolitischen Strategie des Gender Mainstreaming nur noch wenig gemein hat.

Angesichts der weitgehenden Unkenntnis über tatsächliche Gender-Politiken und angesichts eines Anti-Etatismus, der sich gegen eine angebliche Bevormundung seitens des Staates richtet, werden letztlich Auseinandersetzungen um die Deutungshoheit über Begriffe geführt. So sei die „richtige Verwendung von Begriffen“ eine Frage der „Taktik und der Macht: Wer die Begriffe beherrscht, beherrscht das Denken und beherrscht die Politik“.⁸ Im Kampf um die Deutungshoheit über Begriffe wie Familie und Ehe, aber auch Geschlecht und Gender, versuchen antifeministische Akteur_innen, liberalen Auffassungen über familiäre Lebensformen mit einem gezielten öffentlichen Gegendiskurs zu begegnen. Wenn Thilo Sarrazin in seinem Buch „Der neue Tugendterror“ schreibt, dass sich der „Begriff der Ehe von seiner inneren Logik her nur auf die sexuelle Beziehung von Partnern unterschiedlichen Geschlechts“ beziehen könne, dann macht er damit genau das, was anderenorts als Strategie beschrieben steht.

⁷ Vgl. hier: Scheele, Sebastian (2014): „Gender-Ideologie? Welche Fragen der Ideologie-Vorwurf aufwirft und warum gerade die Gender Studies einiges zu den Antworten beitragen“. In: Frey et al: Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie, a.a.O.: S. 48.

⁸ Schührer, Thomas, zitiert nach Sanders, Eike/Jentsch, Ulli/Hansen, Felix (2014): „Deutschland treibt sich ab. Organisierter ‚Lebensschutz‘, Christlicher Fundamentalismus, Antifeminismus“. Münster: S. 10.

Im Zuge dessen, wie antifeministische Inhalte nicht nur extrem rechte Wahlkämpfe durchziehen, sondern in Teilen der Gesellschaft an Salonfähigkeit gewinnen, braucht es neue Bündnisse und neue Strategien der Auseinandersetzung. So wurden rund um die Events der Antifeminist_innen heterogene Bündnisse geschlossen, die aus unterschiedlichen Perspektiven den reaktionären Vorstellungen und Forderungen begegnen und sich für gelebte gesellschaftliche Vielfalt einsetzen.

■ Bericht über das Forum im LSVD-Blog: www.lsvd-blog.de/?p=10547



FORUM 2 | Transfeindlichkeit

Während Homophobie in den letzten Jahren endlich mehr und mehr als eine spezifische Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wahrgenommen wird, steckt die Sensibilisierung für Transfeindlichkeit noch in den Anfängen. Welche Erscheinungsformen und Auswirkungen zeigen sich im Alltag? Wie kann und muss ihnen begegnet werden?

Transfeindlichkeit und Transrechte in Europa [Noah Keuzenkamp]

Transgender Europe

Transgender Europe [TGEU] wurde 2005 auf dem ersten Europäischen Transgender Council gegründet. Inzwischen hat TGEU 78 Mitgliedsorganisationen in 40 Ländern. Die Arbeit von TGEU unterteilt sich in die Bereiche:

- Eintreten für die Rechte von Trans*-Menschen
- Community building und Unterstützung von Mitgliedsorganisationen
- Sensibilisierung und Fortbildung zu Trans*-Themen



Inhalte der Arbeit von TGEU: Trans*-Rechte im Rechtsrahmen der EU

→ **Direkte Diskriminierung**

Grundlage des Diskriminierungsschutzes von Trans*-Menschen im Rechtskontext der EU ist ein Gerichtsurteil des Gerichtshofs der EU von 1996 [P v. S and Cornwall County Council], in dem das Gericht den Diskriminierungsgrund ‚Geschlecht‘ so interpretiert, dass er auch vor Diskriminierung aufgrund von „Gender reassignment“ schützen muss. Dies hat Eingang gefunden in die folgenden Richtlinien:

1. *Richtlinie zum Zugang von Gütern und Dienstleistungen 2004/113/EC* [keine direkte Erwähnung in der Richtlinie, aber in einem Entscheidungsprotokoll der Europäischen Rates erwähnt]. Explizite Trans*-Erwähnung inklusive Umsetzung nur in sieben Mitgliedsstaaten der EU.

2. *Gender-Richtlinie 2006/54/EC [P. v. S. ist Teil der Recitals]*: Explizite Trans*-Erwähnung inklusive Umsetzung in 9 Mitgliedsstaaten der EU. In Deutschland im Rahmen des ADG umgesetzt.

In Deutschland sind diese Richtlinien im Rahmen des AGG umgesetzt.

→ **Asyl**

In der Qualifizierungsrichtlinie 2011/95/EU wird die „Geschlechtsidentität“ als einer der „Qualifizierungsgründe“ für die Gewährung von Asyl benannt. Auch in der Verfahrensrichtlinie 2014/32/EU wird auf die Geschlechtsidentität Bezug genommen.

→ **Opferschutz-Richtlinie 2012/29/EU [Victim's Rights Directive]**

Die Richtlinie aus dem Jahr 2012 definiert Mindeststandards im Umgang mit und in der Unterstützung von Opfern von Gewalt und bezieht explizit „Geschlechtsidentität“ und „Ausdruck der Geschlechtlichkeit“ unter „geschlechtsbezogener Gewalt“ mit ein. Die Richtlinie verpflichtet Mitgliedsstaaten der EU in Bezug auf den Schutz und die Unterstützung von Gewalt, Mindeststandards umzusetzen im Hinblick auf:

- Zugang zu Gerichtsverfahren und Kosten
- Unterstützung im Gerichtsverfahren
- Schutz des Opfers und seiner/ihrer Privatsphäre
- Opferberatungsstellen

Weitere Themen auf EU-Ebene

→ **Depathologisierung von Trans***

- Hier gibt es keine direkte EU-Kompetenz.
- Aber: es gibt einen politischen Willen von Seiten des Kommissars für Verbraucherschutz und Gesundheit.

→ **Strategie zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen**

Die gegenwärtige Strategie endet Ende 2015. Zurzeit wird in der EU-Kommission an einer Neufassung gearbeitet. Ziel von TGEU ist es, in der neuen Strategie die Trans*-Themen stärker zu verankern.

→ **Studien der FRA und der EU-Kommission**

Die Auswertung zum Thema Trans* der *European LSBT-Studie* [Erhebung unter Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen in der Europäischen Union mit 93.000 Studienteilnehmer_innen aus allen 28 Mitgliedstaaten] wurde 2014 veröffentlicht. Hauptergebnisse:

- 54% aller Trans*-Teilnehmenden wurden diskriminiert oder belästigt.
- 44% waren Opfer von Gewalt.
- 94% geben an, dass sich ihre Lebensqualität verbessern würde, wenn ihre Regierung die Rechte von Trans*-Menschen proaktiv fördern würde.

Der spezielle *Diskriminierungs-Eurobarometer 2012* beinhaltet erstmals Fragen zur Geschlechtsidentität und offenbarte eine erhebliche Diskrepanz zwischen der wahrgenommenen Diskriminierung in der Gesellschaft und der tatsächlichen Diskriminierung von Trans*-Menschen.

Empfehlungen des Europarates

→ **Die Empfehlungen des Europarates CM/Rec[2010]5**

Diese Empfehlungen zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität stellen die erste zwischenstaatliche Übereinkunft zum Schutz von Diskriminierung aufgrund von Sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität in Europa dar. Sie beinhalten Empfehlungen zu:

- Änderung von Vornamen und Geschlechtseintrag
- Diskriminierungsfreier Zugang zur Gesundheitsversorgung
- Zugang zu geschlechtsangleichenden medizinischen Maßnahmen
- Transgender im Arbeitsmarkt

und verlangen eine Evaluierung der Rechtslage im Abstand von drei Jahren.

→ **Die Trans*-Resolution der Parlamentarischen Versammlung**

Die Trans*-Resolution ist die erste Resolution der Parlamentarischen Versammlung zum Thema seit 1989. Sie beinhaltet Empfehlungen an die Mitgliedstaaten zu:

- Rechtlicher Anerkennung der Geschlechtsidentität, ohne Bedingungen wie Sterilisation, Scheidung, Diagnose
- Zugang zu trans*-spezifischer und allgemeiner Gesundheitsversorgung
- Depathologisierung von Trans*-Identitäten
- Umsetzung von trans*-inkluisiven Antidiskriminierungs-Gesetzen

Rechtliche Anerkennung der Geschlechtsidentität [Legal gender recognition]

Folgende Voraussetzungen zur Änderung von Vornamen und Geschlecht existieren in der EU:

- Sterilisation/Dauerhafte Unfruchtbarkeit [14 MS]
- Obligatorische medizinische Eingriffe [19 MS]
- Scheidung [12 MS]
- Obligatorische Diagnose oder ähnliche Voraussetzung [alle MS außer Dänemark und Malta]

Gesetzgebungen, die die Menschenrechte von Trans*-Menschen in den Mittelpunkt stellen, gibt es in Europa gegenwärtig lediglich in Malta und Dänemark sowie in Argentinien. In diesen Ländern

- gibt es keine einschränkenden Voraussetzungen
- sind die Gesetze als Schutzgesetz formuliert
- regeln die Gesetze auch Zugang zu geschlechtsangleichenden medizinischen Maßnahmen auf Grundlage des „informed consent“ [informierte Einwilligung; nur Malta und Argentinien]

Gesundheitsversorgung

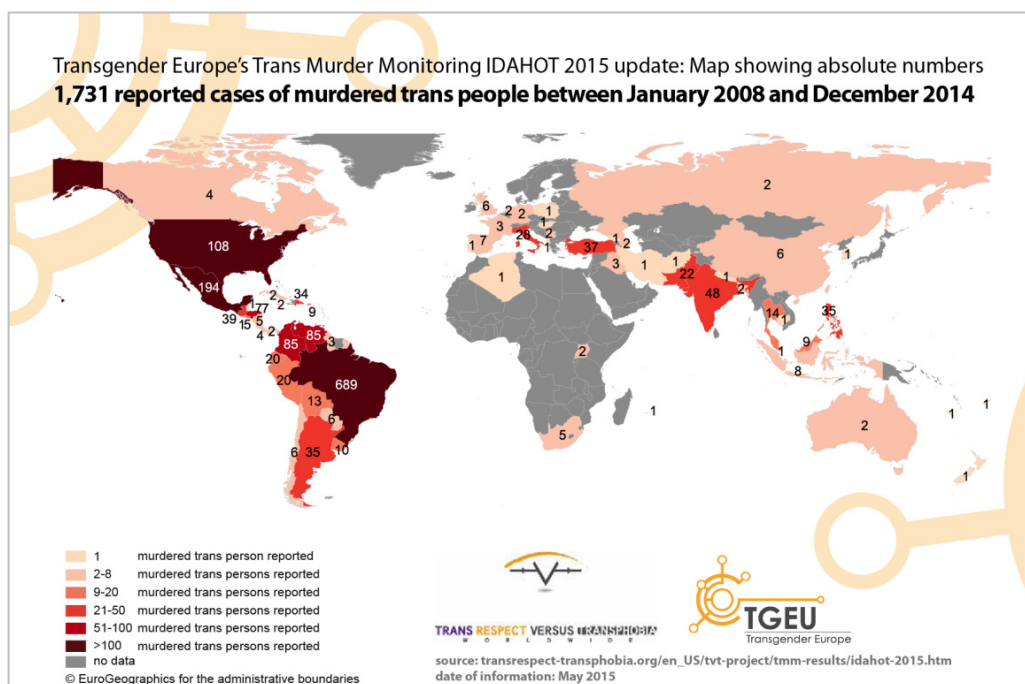
Zitat aus der TransEuro Study der TGEU's über die Gesundheitsversorgung von Trans*-Menschen in der EU [2008]:

„I don't see the doctor if I don't really have to. I don't see the dentist, I don't see the gynaecologist, since decades, and if I have an accident, I try to not go to the hospital... I think I have less experiences because I just don't go there, so I practice some kind of avoidance strategy.“ [TransEuro study respondent from Austria]

Die Studie kam zu erschreckenden Ergebnissen:

- 25% der Studienteilnehmer_innen wurde die Behandlung verwehrt, da der Hausarzt generell gegen geschlechtsangleichende Maßnahmen eingestellt war.
- 82% erhielten keine staatliche Unterstützung für grundlegende geschlechtsangleichende Maßnahmen.
- Nur 30% der Studienteilnehmer_innen berichteten von einem „acceptable baseline treatment“: der/die Mediziner_in war bereit zu behandeln oder zu helfen, aber wusste zu Trans*-Themen nicht Bescheid.

Gewalt gegen Trans* Menschen



Zitat aus der Europäischen LSBT-Studie der Europäischen Grundrechteagentur [FRA]:

„I have experienced humiliation, beatings, and insults from people I know and people I do not know, but I wanted people in my surrounding to learn that I am a human like any other, and that my sexual orientation does not make me different from them! I am a human.“ [FRA study respondent from Bulgaria]

- 79% der Trans*-Menschen berichteten von abfälligen Kommentaren, verbaler oder physischer oder sexueller Gewalt bzw. Drohungen in der Öffentlichkeit [European Hate Crime Study 2009, Press for Change]
- TGEU's Transrespect vs. Transphobia [TvT]-Projekt hat zwischen Januar 2008 und Dezember 2014 insgesamt 1.731 Morde an Trans*-Menschen erfasst. 77 dieser Morde geschahen in Europa.

Was muss in Deutschland passieren?

- **Reform des sogenannten Transsexuellen-Gesetzes nach maltesischem Vorbild**
- **Umsetzung der Opferschutzrichtlinie, die den Vorgaben bezüglich „Geschlechtsausdruck“ und „Geschlechtsidentität“ umfassend Rechnung trägt**
- **Proaktive Unterstützung eines EU-weiten Aktionsplans zu LSBTI**
- **Schaffung und Umsetzung eines nationalen Aktionsplans zum Thema LSBTI, der die Belange von Transgender-Menschen reflektiert**
- **Umfassende Reform der Gesetzgebung bezüglich Intergeschlechtlicher Menschen**
- **Frühzeitige Einbindung und Konsultation von zivilgesellschaftlichen Organisationen in sie betreffende Gesetzgebungsverfahren**
- **Finanzielle Förderung von LSBT-Organisationen, insbesondere von Trans* und Inter-Organisationen sowohl im Inland als auch im Ausland, einschließlich im Rahmen der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit.**



Transphobie, Transfeindlichkeit und geschlechtliche Vielfalt in Deutschland [Arn Sauer]



Arn Sauer setzte sich in seinem Vortrag [hier in einer Zusammenfassung] mit der Definition, theoretischen Rahmung und den Konsequenzen von Transphobie auseinander. Einleitend schärfte er zunächst die Begriffe und deren aktivistischen Gebrauch. Transphobie wird bei Trans-InterQueer e.V. [TriQ] als die Ablehnung von Menschen, die trans* sind und/oder deren Geschlechtsausdruck nicht den anerkannten Kategorien von männlich/weiblich entspricht, gedeutet. In der Definition angelegt ist eine Kritik am heteronormativen Zweigeschlechtersystem. Wegen der Begriffsähnlichkeit mit einem individualisierten Angstzustand [*Phobie*] und der damit einhergehenden Verharmlosung der strukturellen Gewalt

gegen Trans* sprechen manche lieber von Transfeindlichkeit. Trotzdem hat sich Transphobie als international anschlussfähiger Begriff oft durchgesetzt.

Nach Ergebnissen der Sinus-Studie 2008 der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ist Transphobie gesellschaftlich weit verbreitet, vor allem aufgrund von wenig und oder falschem Wissen. Transphob ist aber nicht nur die Cis-Allgemeingesellschaft, transphob können sich auch transgender, transsexuelle, transidente usw. [kurz: trans*] Personen selbst verhalten, was sich in trans- und zugleich heteronormativen Debatten um „echte“ Transsexualität und im Ignorieren und Ausgrenzen von geschlechtlicher Vielfalt [z.B. von zwischengeschlechtlichem Empfinden] widerspiegelt. Gerade die Vielfalt individuellen geschlechtlichen Erlebens, das sich mit oder ohne körperliche Veränderungs-/Anpassungswünsche darstellt, das gegen-, zwischen- oder nicht-geschlechtlich ausfallen kann, macht die betreffende Personengruppe[n] äußerst vielfältig. Internalisierte Transphobie bei Trans* wurde als einer der hemmenden Faktoren bei der Organisierung einer Emanzipationsbewegung angesehen, die sich für geschlechtliche Vielfalt und Selbstbestimmung einsetzt und gegen Diskriminierung und Ausgrenzung wehrt.

Im Anschluss kritisierte der Referent die Abwesenheit von Transphobie im Heitmeyerschen Konzept der ‚Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit‘ [GMF] und stellte die Frage, ob es überhaupt einen geeigneten konzeptionellen Rahmen für transphobe Erfahrungen darstellen könne? Von GMF spricht man, wenn „Personen aufgrund ihrer gewählten oder zugewiesenen Gruppenzugehörigkeit als ungleichwertig markiert und feindseligen Mentalitäten der Abwertung und Ausgrenzung ausgesetzt [sind]“ [Heitmeyer 2005, S. 6]. Die Ungleichwertigkeit sei der gemeinsame Kern aller Elemente, GMF hingegen das Syndrom [Heitmeyer 2002, S. 23]. Anfangs fehlte das Kriterium Homophobie im vorwiegend auf [Anti-]Rassismusforschung beruhenden GMF-Konzept. Bei der ersten konzeptionellen Erfassung wurde Homophobie gemeinsam mit Obdachlosen- und Behindertenfeindlichkeit unter den Begriff „Heterophobie“ eingruppiert [2002, 2003, 2005]. Erst später wurde sie als Einzelkategorie ausgewiesen. Weiterführender als die Entwicklung eines gruppenbezogenen Konzeptes von Trans-

phobie und gegenüber Heitmeyer vorgängig erscheint das Spivaksche „Othering“-Konzept [1985], das den Gebrauch von und die abwertende Distanzierung oder Differenzierung von Gruppen beschreibt, um die eigene „Normalität“ zu bestätigen. Othering-Theorien und queertheoretische Heteronormativitätskritik formulieren Normalitätskritik als Strukturkritik, statt zu individualisieren. Heitmeyers GMF-Konzept leistet keine Kritik der diskriminierenden, sich überschneidenden Strukturen per se und damit Gruppismus [Bubakker; Baer] und Identitätspolitik Vorschub. Notwendiger erscheint eine queere Strukturkritik am als gewaltvoll erlebten Zweigeschlechtersystem, die auch intersektionale, also sich überschneidende Othering-Erfahrungen, z.B. von schwulen/lesbischen/bi-/pan-/asexuellen Trans*, Trans* of Color, Trans* mit Behinderung[en] usw. fassen kann. Zudem können auch nicht selbst als trans* identifizierte Personen aufgrund eines nicht eindeutig weiblich/männlich gelesenen Geschlechtsausdruckes Opfer von Transphobie werden.

Unbestritten sind mittlerweile die inkrementellen Auswirkungen von struktureller und individueller Transphobie auf das Leben und die Entwicklungschancen von Trans* in vielen internationalen Studien [Franzen & Sauer 2010; EU Fundamental Rights Agency 2014] sowie neuerdings in einigen nationalen Studien [LSVD 2012; LesMigras 2012; Baden-Württemberg 2013; Rheinland-Pfalz 2015]⁹. Trans* gehen üblicherweise aus den LSBT-Zielgruppen gewidmeten Studien als die vulnerabelste und am meisten diskriminierte Gruppe hervor. Transphobie manifestiert sich den Studien zufolge in ungleichen Chancen [höhere Drop-Out-Raten, schlechtere Noten] bei Bildung und Ausbildung, Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, sozialer Isolation und eingeschränkter Teilhabe sowie in Gewalt. Eine sehr häufig praktizierte Form von Gewalt: Die geschlechtliche Anrede und der gewählte Vorname werden ohne entsprechende gerichtliche Urteile – in Deutschland basierend auf dem Transsexuellengesetz [TSG] – nicht respektiert. Trans* Kinder und Jugendliche erfahren überdurchschnittlich Mobbing und Ausgrenzung an Schulen und in Ausbildungsstätten, aber auch in ihren Familien. Sie haben keinen selbstbestimmten Zugang zu eventuell gewünschten medizinischen Maßnahmen [Hormonblockern] und werden ebenso wie trans* Erwachsene unter dem in Deutschland geltenden medizinischen Klassifikationssystem ICD-11 psychopathologisiert. Die Suizidversuchsraten von Trans* liegen studienübergreifend bei 30 % und höher.

„Trans gehen üblicherweise aus den LSBT-Zielgruppen gewidmeten Studien als die vulnerabelste und am meisten diskriminierte Gruppe hervor. Transphobie manifestiert sich den Studien zufolge in ungleichen Chancen (höhere Drop-Out-Raten, schlechtere Noten) bei Bildung und Ausbildung, Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, sozialer Isolation und eingeschränkter Teilhabe sowie in Gewalt.“*

Die Pathologisierung trägt negativ zur psycho-sozialen Gesundheit und verschärfend zur gesellschaftlich weit verbreiteten Stigmatisierung bei. In den Studien, vielen Selbstzeugnissen und akti-

⁹ Die meisten dieser Studien gingen aus LSBTIQ-Aktionsplänen der jeweiligen Bundesländer und nicht aus der Regelforschungsförderung hervor.

vistischen Materialien werden vor allem der fremdbestimmte medizinische Transitions-/Begutachtungsprozess [inkl. Diagnostik/Pathologisierung und sogenannter „Alltagstests“] und das gerichtliche Antragsverfahren nach dem TSG als Manifestationen von zu Struktur geronnener Transphobie und als Diskriminierungstreiber ausgemacht. Das TSG stellt hohe Hürden [zwei unabhängige externe Gutachten] für den juristischen Prozess der Geschlechtsangleichung auf, der zudem nur gegengeschlechtlich durchlaufen werden kann.¹⁰

Als besonders vulnerable Punkte in einer trans* Biographie wurden wiederholt identifiziert:

[1] das Trans*-Coming-Out, also der Prozess der Selbstgewahrwerdung und die sich anschließende Phase [„Wie sage ich es meinen Eltern, Freund_innen, Lehrer_innen, Vorgesetzten, Kolleg_innen etc.?“]

2] Identitätsnachweis: Aufgrund der langwierigen paternalisierenden und streng heteronormativ-zweigeschlechtlich ausgerichteten medizinischen und juristischen Praxis sind viele Trans* gezwungen, lange Jahre [oder immer]¹¹ ohne Dokumentenänderung bzw. mit „falschen“ Dokumenten leben zu müssen.

3] Unzureichendes „Passing“, also im gewünschten Geschlecht nicht erkannt und respektiert zu werden, setzt viele Trans* [unabhängig davon, ob sie ein „Passing“ anstreben oder nicht] permanentem Minoritäten-Stress und Gewalt aus.

4] Unzureichende oder falsche Bildung und Aufklärung verhindern Identifikationsprozesse generell und eine positiv besetzte Trans*-Identifikation im Besonderen.

5] Mehrfachdiskriminierung und -zugehörigkeiten machen Trans* of Color, Trans* mit Behinderung[en], ältere oder junge Trans* etc. besonders anfällig für intersektionale strukturelle Gewalt und Diskriminierungen.

Angesichts der prävalenten Erfahrungen mit Transphobie greifen Schutzgesetze in Deutschland bisher nicht oder nicht ausreichend, wie der Referent im Anschluss hervorhob. Der Diskriminierungsschutz für Trans* unter dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz [AGG] ist ambivalent zu sehen. Zwar gestaltet sich die deutsche Umsetzung europarechtlicher Normen durch das Merkmal der sexuellen Identität, das neben Homo- und Bisexuellen „Transsexuelle“ und „Intersexuelle“ umfasst, trans*/inter*-inklusiv [Franzen/Sauer 2010]. Gleichzeitig sind Trans*/Inter* unter dem Merkmal ‚Geschlecht‘ geschützt. Der Europäische Gerichtshof fasst die Diskriminierung aufgrund von Geschlechtsidentität und aufgrund von sexueller Orientierung [SOGI] als Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes bzw. der Geschlechtszugehörigkeit [Adamietz/Remus 2015] auf. Der deutsche Sonderweg der Umsetzung produziert hier einen Doppelschutz, der gleichzeitig für Rechtsunsicher-

10 Einen zwischengeschlechtlichen dritten Personenstand gibt es trotz Änderung des Personenstandsgesetzes (PStG) nach wie vor in Deutschland nicht.

11 Wenn sie den Kriterien (Dauerhaftigkeit, Identifikation im Gegengeschlecht etc.) der meist sexualmedizinisch arbeitenden Gutachter_innen nicht entsprechen oder entsprechen können.

heit sorgen kann. Bisher ist das AGG gegen Transphobie noch nicht wirksam geworden, z.B. am Arbeitsplatz oder in Bewerbungs-/Einstellungsverfahren. Es müsste, um ein Schutzgesetz zu sein, überarbeitet und erweitert werden.

Unter dem Hinweis auf die allgemeine Leerstelle Inter* schloss der Vortrag mit der Forderung nach der Umsetzung des Menschenrechtsschutzes von Trans* und Inter*. Für Inter* sind Lebenslagen und Diskriminierungssituationen noch weniger erforscht, und die Ausgestaltung sollte partizipativ erfolgen. Für Trans* gibt es seit den ersten Empfehlungen des Europarates zum Umgang mit Transsexuellen 1989 diverse europäische [Hammarberg-Themenpapier Menschenrechte und Geschlechtsidentität 2009; Trans*Persons Rights Note des Europaparlaments 2010; Europarat SOGI Resolution 2010] und internationale Menschenrechtsdokumente [Yogyakarta-Prinzipien 2007; UN SOGI Resolution 2011], die jüngst in der Transgender-Resolution [2015] des Europarates gipfelten. Wenn die darin formulierten Anforderungen an die EU-Mitgliedstaaten – die geschlechtliche Selbstbestimmung und einen niedrigschwelligen Zugang zu gewünschter medizinischer Versorgung zu gewährleisten sowie die Vielfalt von Geschlecht anzuerkennen – ernst genommen und eingelöst werden, wäre viel gegen strukturelle und individuelle Transphobie erreicht. Die Resolution knüpft nahtlos an die seit langem bestehenden Forderungen der Trans*-Community nach TSG- und medizinischen Reformen [AK TSG-Reform 2012; Waldschlößchenerklärung 2014] sowie nach [Aus]Bildungsgerechtigkeit und Gewaltschutz an [TransRespect vs. Transphobia, Transgender Murdering Monitoring Projekt 2014]. Grundlage für Verbesserungen ist immer Empowerment und die Beteiligung von Trans* und ihren Organisationen z.B. an den notwendigen Gesetzes- und Systemreformen, an der Erstellung von LSBTIQ-Aktionsplänen oder anderen positiven Maßnahmen, die notwendig sind, um einer allgemeinen gesellschaftlichen Transphobie den Spiegel vorhalten und wirksame Maßnahmen entgegensetzen zu können. Aufgrund der lange unsichtbar gebliebenen Diskriminierungsgeschichte gibt es in Bezug auf Transphobie viel aufzuholen und gesellschaftlich aufzuarbeiten, was ein langanhaltendes Engagement auf vielen Ebenen erfordert.

■ Bericht zu Forum 2: www.lsvd.de/politik/respekt-statt-ressentiment/forum-2.html



FORUM 3 | Mehrfachdiskriminierung

Lesben, Schwule und Transgender können neben Homosexuellen- und Transfeindlichkeit auch von anderen Diskriminierungen betroffen sein wie z. B. von Rassismus, Antisemitismus oder Behinderungenfeindlichkeit. Mehrfachdiskriminierungen werden selbst innerhalb von engagierten demokratischen Kreisen bisweilen übersehen oder wenig bearbeitet. Wenn etwa bei Diskursen über Homosexualität vor allem an weiße, schwule Männer gedacht wird, fallen die Probleme von schwarzen, lesbischen Frauen unter den Tisch. Welche Anforderungen ergeben sich aus Mehrfachdiskriminierungen für den ‚Nationalen Aktionsplan‘ und für queere communities? Aktuell stellt sich hier auch die Frage, wie die Situation queerer Geflüchteter ist.

Diskriminierung ist nicht nur Hass – sie kann auch ganz freundlich sein [Dr. Jennifer Petzen]

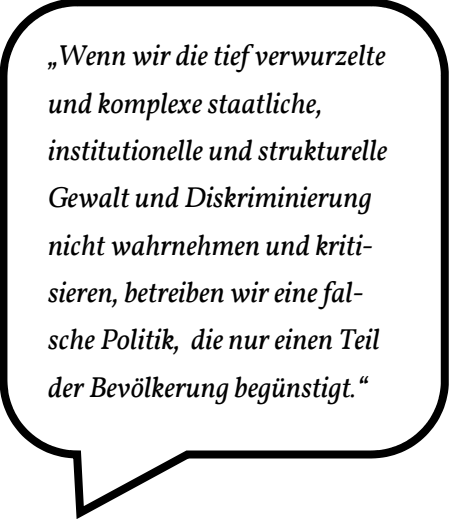
Erst einmal möchte ich der Amadeo Antonio Stiftung und dem LSVD e.V. für die Einladung danken. Es freut mich, dass diese beiden Organisationen sich mit post-kolonialen und Queer of Color-Perspektiven beschäftigen, die die Verbindungen zwischen Rassismus, Klassismus, Sexismus, Antisemitismus, Homophobie und Trans*-Diskriminierung klarer machen können. Bevor ich zu meinem Hauptthema komme, möchte ich ein paar Bemerkungen zum Rahmen der Konferenz machen, weil Wissen nur nachvollzogen werden kann, wenn die Rahmenbedingungen seiner Produktion mitgedacht werden.



Bei meiner ersten Bemerkung geht um unsere Vorstellung von „Entwicklung“ in Europa und wie wir sie mit Strukturen verbinden [oder auch nicht]. In einer Welt der Lobbyarbeit für Menschenrechte sprechen wir viel von „Entwicklungen“ und in diesem Zusammenhang auch von „vorwärts“ bzw. „rückwärts“ gehen. Für mich ist das ein Denkfehler. Warum? Ich möchte klar machen, dass ich nicht daran glaube, dass es eine „neue Welle“ von Rassismus, Homophobie oder Trans*-Diskriminierung gibt. Sicher leben wir in einer heterosexistischen Gesellschaft mit einem tief verankerten Glauben an ein zweigeschlechtliches Gender-System. Diese antifeministischen, homo- und transphoben Strukturen sind nicht neu, und auch queere Menschen sind von diesen Ideologien beeinflusst. Aber nur mit einem genauen Blick auf die Vergangenheit können wir die sogenannten „neuen“ Formen dieser Machtverhältnisse verstehen. Wir leben in einer neoliberalen Zeit, die viele für post-rassistisch, post-kolonial, post-sexistisch, post-homophob halten. Nur von dort aus ist es möglich zu denken, es könnte eine ‚neue Welle‘ von Diskriminierung kommen. Doch unser Glaube an einen Rechtsstaat kann uns in Gefahr bringen. Wir müssen genauer betrachten, welche Menschen welche Privilegien genießen bzw. wie wir eine gesellschaftliche Vision entwickeln können, wo niemand Privilegien hat und alle tatsächlich die gleiche Behandlung genießen. Um das System von Privilegien und Marginalisierung zu verstehen, ist es sehr wichtig, die historischen Formen der Machtverhältnisse zu untersuchen, gerade

weil sie die heutigen prägen; beide können nicht voneinander getrennt werden. Diese Kontinuität dürfen wir nicht vergessen; Wenn sie vergessen wird, müssen wir von *epistemischer Gewalt* sprechen. Wichtig ist ein sorgfältiger und stetiger Reflektionsprozess, ohne die Vergangenheit zu instrumentalisieren. Wenn wir das nicht leisten, wird unser Streben nach sozialer Gerechtigkeit verhindert.

Bei meiner zweiten Bemerkung geht es um den ersten Teil des Kongress-Titels: „Respekt statt Ressentiment“. Es ist gefährlich, wenn wir Diskriminierung nur durch Gefühl und Affekt artikulieren, anstatt die strukturellen Machtverhältnisse zu analysieren. Wie wir wissen, ist das natürlich ein großes Problem bei der Anti-Antisemitismus-Arbeit. Aber was ich meine, ist Folgendes: Jahrelang gab es einen Diskurs in Deutschland, der besagte, dass Rechtsextremist_innen eine unglückliche Kindheit hatten und deswegen gestört sind. Diese Menschen haben angeblich deshalb später rechtsextreme Gewalt ausgeübt, weil sie krank sind. Das ist aber falsch. Wir brauchen nur in Richtung Pegida zu schauen, um zu erkennen, dass Antisemitismus, Rassismus und Homophobie ein normaler Teil der Gesellschaft ist. Und es sind gerade die staatlichen und institutionellen Strukturen, die Raum dafür geben, dass solche Affekte sich ergeben können – Beispiel NSU. Wenn wir uns nur auf individuelle Gewaltakte fokussieren [obwohl das natürlich wichtig ist], entgleiten uns andere strukturelle Gewaltformen aus dem Blickfeld wie z.B. die Diskriminierung im Bildungs- und Gesundheitssystem, auf dem Arbeitsmarkt, bei Ämtern und anderes mehr. Wir müssen uns eingestehen, dass diese außerordentlichen und extremen Gewalttaten in gewisser Weise nur die gewöhnlichen normativen sozialen und politischen Werte widerspiegeln. Nur aus dieser Erkenntnis heraus können wir etwas Besseres „entwickeln“.



„Wenn wir die tief verwurzelte und komplexe staatliche, institutionelle und strukturelle Gewalt und Diskriminierung nicht wahrnehmen und kritisieren, betreiben wir eine falsche Politik, die nur einen Teil der Bevölkerung begünstigt.“

Das ist eine sehr wichtige Erkenntnis aus der Antidiskriminierungsarbeit und aus der postkolonialen Wissenschaft. Wenn wir die Machtverhältnisse von Mehrfachdiskriminierung verstehen und etwas dagegen tun wollen, müssen wir systematisch vorgehen. Wenn wir nur auf nur eine Facette des Systems beschränken, ohne den Rest mitzudenken, werden wir gravierende politische Fehler begehen. Ein gutes Beispiel für diese Einsicht hat die UNO uns gegeben: In dem neusten Bericht von ICERD [International Committee on the Elimination of all Forms of Racial Discrimination] wird empfohlen, dass der Staat Sensibilisierungs-Maßnahmen in Bezug auf intersektionale [Mehrfach-] Diskriminierung umsetzt. Laut UNO muss der Staat sich damit zum Beispiel auch um den Rassismus, den LSBTI-Menschen erleben, kümmern. Was wir Mehrfachdiskriminierung nennen, muss von der Mehrheitsgesellschaft endlich ernst genommen werden.

Ein wichtiges Beispiel ist die Flüchtlingskrise. Wir alle wissen, dass die Anzahl der schutzsuchenden Menschen gestiegen ist und dass die Menschen, die hierher kommen, nur ein kleiner Teil der Überlebenden sind. Die Tragödie im Mittelmeer ist ein unmittelbares Ergebnis der europäischen rassisti-

schen Migrationspolitik, die Migrant_innen und Schutzsuchende kriminalisiert. Man hätte erwarten können, dass LSBTI-Organisationen Solidarität mit allen geflüchteten Menschen zeigen, nicht nur mit LSBTI-Flüchtlingen, und dass sie eine Lobby für eine menschenwürdige Migrations- und Asylpolitik sein würden. Leider ist es in diesem Bereich üblicher, eine Sonderpolitik – die üblicherweise mit entsprechenden Projektgeldern verbunden ist – zu betreiben. Das heißt, wir versuchen gerade, den Asylprozess nur für LSBTI-Menschen einfacher zu machen, statt eine breitere und grundsätzlichere Kritik daran zu formulieren.

Wenn wir nicht achtgeben, d.h. wenn wir die tief verwurzelte und komplexe staatliche, institutionelle und strukturelle Gewalt und Diskriminierung nicht wahrnehmen und nicht kritisieren, dann betreiben wir eine falsche Politik, die nur einen Teil der Bevölkerung begünstigt. Die Konsequenzen für diejenigen, die *nicht* davon profitieren, sind immens. Wir brauchen nur in Richtung Mittelmeer zu schauen, um das zu verstehen: manche sind fürs Leben ausgewählt, andere zum Tode verdammt. Anders gesagt: Wir betreiben eine Nekropolitik, eine Politik des Todes, wenn wir die Asylpolitik nicht so mitgestalten, dass sie das Recht auf Leben für alle anerkennt.

Für die Zukunft

Warum werden die Symbole der Regenbogen-Nation immer differenzierter, während rassifizierte und gegenderte Bevölkerungsgruppen in soziale Randschichten abgeschoben werden? Wenn wir über die Verbesserung von queerem Leben sprechen, sollten wir auch über ‚queer necropolitics‘ nachdenken, die, wie Jasbir Puar sagt, manche Queers ins Leben einlädt und andere Queers daraus entfernt, weil sie eine Art ‚sozialen Tod‘ erleben. Was bedeutet dann für sie das Lager, wo Menschen auf ein neues Leben oder einen eventuellen Tod warten, wenn sie „zurückgehen“? Was ist mit den Tausenden von Menschen, die jeden Tag im Mittelmeer sterben? Wie sind bio- und nekropolitische Diskurse in Bezug auf ‚Grenzen‘ und ‚Sicherheit‘ durch Sexualität artikuliert?

Wenn alle Energien und Ressourcen nur auf rechtsbasierte Projekte abzielen, die weiße Herrschaft im Namen eines Rechtsstaats fördern, indem sie in den Nationen-Staat investieren, in einen Staat, in dem angeblich alle Menschen die gleichen Rechte genießen, werden wir unsere Visionen von einer Zukunft in sozialer Gerechtigkeit nicht einlösen können. Es ist nicht allein die physische Gewalt gegen LSBTI-Menschen, die uns beschäftigen sollte, sondern auch der strukturelle Rassismus [z.B. in der Asylgesetzgebung], die sexistischen Praxen in der Schule, bei Ärzt_innen und bei der Arbeit, die staatliche Beobachtung, die Inhaftierung und die Missachtung der vielen Menschen, die in Armut leben.

Wie würde eine queere Politik aussehen, die mit der rassistischen Logik des Staates bricht? Wie wäre es, wenn Gender-Politik und sexuelle Politik sich zur Priorität machen würden, Klasse und Rassifizierung entgegen zu wirken, statt sie zu verstärken? Nur wenn wir uns auch diese Fragen stellen, können wir die bio- und nekropolitische Gewalt effektiv bekämpfen.



Alle Frauen sind weiß, alle Schwarzen sind Männer, einige von uns aber sind mutig [Dr. Zülfukar Çetin]

Kimberle Crenshaw, US-amerikanische Schwarz-feministische Juristin und Theoretikerin, nimmt den Satz „Alle Frauen sind weiß, alle Schwarzen sind Männer, einige von uns aber sind mutig“ zum Ausgangspunkt, um einen Schwarzen Feminismus [weiter] zu entwickeln und die Eindimensionalität von Antidiskriminierungsrecht und -Politik in den USA zu kritisieren. Ein Hauptargument ihrer Kritik ist, dass ‚Geschlecht‘ und ‚Race/Ethnizität‘ in den antidiskriminierungspolitischen Bereichen als zwei unterschiedliche Kategorien betrachtet werden, die sich gegenseitig ausschließen. Um ihre Kritik zu veranschaulichen, analysiert Crenshaw einerseits die feministische Theorie, während sie andererseits die anti-rassistischen Theorien betrachtet. Dabei stellt sie fest, dass in jedem der beiden Bereiche jeweils bestimmte Subjekte entweder vergessen oder ausgeblendet werden.



Zum Beispiel werden in der feministischen Theorie oft die Diskriminierungserfahrungen von Frauen besprochen, die nicht Schwarz sind. In der antirassistischen Theorie hingegen handelt es sich in erster Linie um die Rassismus-Erfahrungen der Männer, die Schwarz sind. Beide Bereiche fokussieren sich also auf Subjekte, die in ihrer Gesellschaftlichkeit Privilegien besitzen: weiße Frauen aufgrund ihres Weißseins, Schwarze Männer aufgrund ihres Geschlechts als Mann. Ausgeblendet werden dabei Schwarze Frauen, die weder in der feministischen noch in der antirassistischen Arbeit berücksichtigt wurden – so die Ergebnisse von Crenshaws juristischer Analyse.

In einem Gerichtsfall, in dem fünf Schwarze Frauen aufgrund „betriebsbedingter Entlassungen“ gegen General Motors klagten, wurden ihnen weder rassistische noch sexistische Diskriminierungen zuerkannt. Das Gericht wies die Klage der Schwarzen Arbeiterinnen wegen Sexismus mit dem Argument zurück, dass in der Firma kein Sexismus nachgewiesen werden kann, weil dort weiterhin [weiße] Frauen beschäftigt werden, die nicht von Kündigungen betroffen sind. Das Gericht lehnte aber auch die Klage wegen rassistischer Diskriminierung ab, weil General Motors nachweisen konnte, dass sie im Betrieb auch Schwarze Männer beschäftigten, die nicht von Kündigungen betroffen waren. Dieser Gerichtsfall zeigt auf, dass Schwarze Frauen mindestens auf zwei Ebenen diskriminiert werden: Auf der einen Ebene werden sie nicht als Repräsentant_innen eines Geschlechts – also als Frau – betrachtet. Auf der zweiten Ebene wird ihnen der Repräsentationsanspruch als Schwarze abgesprochen. Die Entscheidungen des Gerichts in diesem Fall basieren auf dem Civil Rights Act von 1964, dem damaligen Bürgerrechtsgesetz, das die rassistische Diskriminierung im öffentlichen Raum bekämpfen sollte, dennoch aber keinen Schutz vor kombinierten, mehrdimensionalen Diskriminierungen bot. Solchen Diskriminierungsfällen begegnet man heute auch in Deutschland.

Am Beispiel von LSBTI mit Rassismus-Erfahrungen, die in der Mehrheitsgesellschaft kaum repräsentiert sind, lässt sich das Phänomen der mehrdimensionalen Diskriminierung erklären:

In der deutschen Anti-Homophobie-Politik handelt es sich vor allem um die Diskriminierungserfahrungen und die Rechte weiß-deutscher Schwuler, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung im Fokus stehen. In der Antidiskriminierungsarbeit gegen Rassismus stehen dagegen in der Regel Menschen im Mittelpunkt, deren sexuelle Orientierung nicht immer eine Rolle bei der Beratungsarbeit spielt. Die Gleichzeitigkeit bei der Betrachtung, LSBTI- und Person of Color zu sein, ist darüber hinaus bisher noch keine Selbstverständlichkeit. Dies lässt sich leicht erklären mit der zivilgesellschaftlichen und staatlichen Antidiskriminierungspolitik, die immer noch keinen mehrdimensionalen Antidiskriminierungsansatz etabliert hat. Denn die Antidiskriminierungsarbeit in Deutschland ist heute immer noch eindimensional nach dem Entweder-Oder-Prinzip konzipiert, und so wird sie auch praktiziert. In ihrer Eindimensionalität werden sexuelle Orientierung und migrationsbezogene Merkmale als zwei Kategorien betrachtet, die sich entweder gegenseitig ausschließen oder als Gegensätze betrachtet werden. Nicht nur die Gesetzgebung verfolgt einen solchen eindimensionalen Ansatz, sondern auch die Zivilgesellschaft und die Wissenschaft. Beispielsweise werden in einer in den vergangenen Jahren bundesweit durchgeführten Online-Studie zum Thema

„Die Antidiskriminierungsarbeit in Deutschland ist heute immer noch eindimensional nach dem Entweder-Oder-Prinzip konzipiert, und so wird sie auch praktiziert. In ihrer Eindimensionalität werden sexuelle Orientierung und migrationsbezogene Merkmale als zwei Kategorien betrachtet, die sich entweder gegenseitig ausschließen oder als Gegensätze betrachtet werden.“

„Diskriminierungserfahrungen von Lesben und Schwulen mit Migrationsgeschichte“ die Befragten als Opfer ihrer „migrantischen“ Familien dargestellt. Darüber hinaus werden sie ermutigt, mehr über ihre Homophobie-Erfahrungen zu sprechen, anstatt die rassistischen Diskriminierungen zu thematisieren. Neben den möglichen Migrationszusammenhängen vieler LSBTI-Personen wird im Mainstream auch deren Religionszugehörigkeit oft als Widerspruch zu ihrer sexuellen Orientierung gesehen. Dass es Muslim_innen gibt, die gleichzeitig LSBTI sind, oder dass es LSBTI gibt, die überzeugte Muslim_innen sind, ist oft kein Thema. Auch in diesem Fall stoßen wir auf die Probleme der eindimensionalen Perspektive. Bei den muslimischen LSBTI geht es nicht nur um sexuelle Orientierung und Ethnizität, sondern auch um die Zugehörigkeit zu einer Religion, deren Angehörige in Deutschland zum Feindbild des „Abendlandes“ gemacht werden.

Was ist Intersektionalität und Mehrfachdiskriminierung?

Crenshaw und viele andere Schwarz-feministische Theoretiker_innen und Forscher_innen of Color betonen in ihren praxisbezogenen Forschungen, dass Menschen nicht einfach als Repräsentant_innen einer spezifischen Gruppe betrachtet werden können. Ihnen zufolge besitzt jeder Mensch

- ein [soziales] Geschlecht,
- eine sexuelle Orientierung [auch die Heterosexualität muss als solche betrachtet werden],
- einen sozialen Hintergrund oder Status,
- einen Körper, der in den Mehrheitsgesellschaften als konform oder non-konform eingestuft wird,
- eine körperliche oder psychische Verfassung, die wiederum als nützlich [gesund] oder als nicht nützlich [nicht-gesund] usw. gewertet wird,
- ein Alter, das für den Zugang zu Bildung, zum Gesundheitswesen, zur Arbeit usw. entscheidend sein soll.

Zudem gibt es Menschen, die aufgrund ihrer [zugeschriebenen] Religionszugehörigkeit, der [nicht-privilegierten] Staatsangehörigkeit, des [unsicheren] Aufenthaltsstatus, der Obdachlosigkeit usw. von mehrdimensionalen Diskriminierungen betroffen sind.

Wie das Beispiel von Schwarzen Frauen gegen General Motors zeigt, begegnen wir auch in unserer Gesellschaft Situationen wie den LGBTI of Color, die nicht nur wegen ihrer sexuellen Orientierung Ausschluss erfahren, sondern auch aufgrund ihrer Hautfarbe, ihres Namens, ihrer [zugeschriebenen] Religionszugehörigkeit, ihres sozialen und aufenthaltsrechtlichen Status, ihrer Staatsbürgerschaft usw. Die jeweiligen Diskriminierungsformen, -Gründe und -Orte sind so ineinander verwoben, dass man zwangsläufig von unterschiedlichen Diskriminierungs-Dimensionen im gesellschaftlichen System sprechen muss.

Das folgende, von Crenshaw entwickelte Modell einer ‚Kreuzung‘ als Metapher für intersektionale Diskriminierung versinnbildlicht Lebensrealitäten von Menschen, die dieser mehrdimensionalen/intersektionalen Diskriminierung ausgesetzt sind. Demnach kann von Diskriminierung – metaphorisch dargestellt als Unfall auf einer Kreuzung von vier Straßen – jede/r aus jeder Richtung betroffen sein:

- eine Straße symbolisiert die Homophobie,
- eine andere Straße den Rassismus,
- eine weitere Straße den sozialen Status und
- die letzte Straße den Sexismus.

Wichtig ist in solchen Fällen, dass die diskriminierenden Personen oder Stellen sich zunächst darüber bewusst sind [oder dass es ihnen bewusst gemacht wird], dass sie für die Diskriminierung verantwortlich sind und sich zu ihren Diskriminierungshandlungen bekennen, was oft aber nicht leicht fällt. An diesem Punkt, so Crenshaw und viele andere Schwarz-feministische Theoretiker_innen und Forscher_innen of Color, mobilisieren die mehrdimensional Diskriminierten ihre Kräfte, aktivistisch, wissenschaftlich, juristisch, um die Diskriminierungen sichtbar zu machen und andere zu ermutigen, sich gegen Diskriminierung zu wehren, so wie es der zweite Teil meines einleitenden Satzes: „... aber einige von uns sind mutig“ zum Ausdruck bringt.

■ Bericht zu Forum 3: www.lsvd.de/politik/respekt-statt-ressentiment/forum-3.html



STRATEGIEPODIUM | Freiheitsgefährdungen für LSBTI durch Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

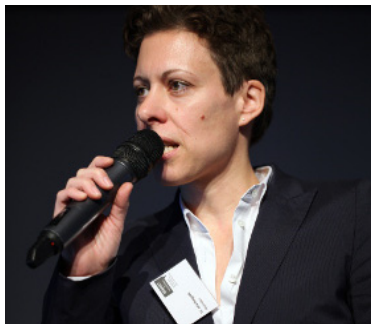
Um Diskriminierung gezielt zu bekämpfen, ist eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung notwendig. Wie kann eine offene Gesellschaft verteidigt und ausgebaut werden? Welche Allianzen und Strategien braucht es dazu?

Über die Diskussion im Strategie-Podium [Klaus Jetz]

Zu diesen Fragen diskutierten im Strategiepodium, moderiert von **Dr. Julia Borggräfe**, LSVD und **Dr. Andrés Nader**, Geschäftsführer der RAA [Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V.] Berlin, Vertreter_innen aus Zivilgesellschaft, Politik, Kirche und Wissenschaft: **Aleksej Urev** [Landeskoordination Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben und Schwule in NRW], **Dr. Zülfukar Çetin** [Stiftung Wissenschaft und Politik], **Carolyn Hesidenz** [Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-DOK der Stadt Köln], **Barbara Loth** [Staatssekretärin in der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen], **Elke Ferner** [Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend], **Dr. Bertold Höcker** [Superintendent des Evangelischen Kirchenkreises Berlin Stadtmitte], **Anetta Kahane** [Amadeu Antonio Stiftung] und **Günter Dworek** [LSVD].



Aleksej Urev



Dr. Julia Borggräfe



Dr. Andrés Nader

Aleksej Urev, Landeskoordinator der Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben und Schwule in NRW, berichtet von vielfältigen Diskriminierungserfahrungen, die von Anpöbeleien bis zu Gewalttaten reichen. Die Orte sind zahlreich: von Schule, eigener Wohnung und Arbeitsplatz bis hinein in die TV-Sender, in denen homophobe und transphobe Einstellungen [re-]produziert werden. Auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Gleichstellung und Bekämpfung von Diskriminierung lassen zu wünschen übrig. Urev wünscht sich, dass Homo- und Transphobie auch in anderen gesellschaftlichen Kontexten immer mitgesehen wird: „Andere müssen mit ins Boot geholt, und gemeinsam müssen Gegenstrategien entwickelt werden. Wir müssen uns vernetzen und zusammen nach außen auftreten.“ Von der Politik erwartet er eine klare Positionierung für Vielfalt und gegen Diskriminierung sowie mehr Res-

sourcen für Community-basierte Projekte, denn nur sie können einen Beitrag zur Erhellung der Dunkelziffer von Diskriminierung und Gewalt leisten.

Dr. Zülfukar Çetin von der Stiftung Wissenschaft und Politik betont den Zusammenhang von Homophobie und Rassismus sowie die Tatsache von Mehrfachdiskriminierung. Da die dominanten Strukturen in der Gesellschaft heteronormativ, männlich und Weiß sind, fühlen sich viele Menschen dieser Gesellschaft nicht ganz zugehörig. Die Wissenschaft kann dieses Problem nur sehr begrenzt angehen. Sie kann die Problembereiche erkennen, benennen, analysieren und beschreiben, doch nur politischer Aktivismus ist letztlich in der Lage, Netzwerke zu mobilisieren und gegen Diskriminierung und Ausgrenzung aktiv zu werden.

Carolin Hesidenz von der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-DOK der Stadt Köln weist darauf hin, dass die extreme Rechte das Thema ‚Geschlecht‘ zentral besetzt. So fordert z.B. die Neonazi-Szene die Wiedereinführung des Paragraphen 175. Der Rechtspopulismus pflegt dagegen mehr das Feindbild Islam und gibt sich zu diesem Zweck hin und wieder sogar ‚homosexuellenfreundlich‘. Pegida wiederum verteufelt Islam *und* sexuelle Selbstbestimmung bzw. Gender Mainstreaming. Gegen solche rechtsextremistischen Stimmungen kann Bildung einen wichtigen Beitrag leisten. Doch auch ‚institutionalisierte Menschenfeindlichkeit‘ ist laut Hesidenz ein großes Problem. Besonders von Politik und Verwaltungen wünscht sie sich mehr Offenheit zur Selbstreflexion sowie die Bereitschaft zur Infragestellung, auch zur Veränderung eigener Strukturen. Ein gutes Vorbild ist das NRW-Eckpunktepapier gegen Rechtsextremismus.



Dr. Zülfukar Çetin



Barbara Loth



Elke Ferner

Barbara Loth, die Staatssekretärin in der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, bestätigt, dass es in Berlin eine hohe Dunkelziffer von Anfeindungen gibt, die bis in die Mitte der Gesellschaft reichen. Gegen diese Minderheitenfeindlichkeit engagiert sich der Senat auf mehreren Ebenen. So entwickelte er ein Programm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie die ‚Initiative Sexuelle Vielfalt‘, für die bis jetzt 2,5 bzw. 1 Million Euro zur Verfügung gestellt wurden. Der Senat, so Loth, hat die Zivilgesellschaft eingebunden und Expert_innen-Netzwerke geschaffen. Er fördert außerdem Opferhilfe, Beratung und Sensibilisierungsarbeit in Gesellschaft und Verwaltung der Stadt wie z.B. die Registerstellen in Berlin, wo sich auch Opfer homo- und transphober Gewalt melden können.

Elke Ferner, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, lobt die Bemühungen in Berlin und NRW, weist aber auch auf andere Bundesländer hin wie etwa Bayern, wo es keine derartigen Initiativen gibt. In Bezug auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene verweist Ferner auf die Zwänge des Koalitionsvertrages. Die Bundesregierung hat im BMFSFJ ein eigenes Querschnittsreferat „Gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Geschlechtsidentitäten“ geschaffen, das die Koordinierung für den Bereich LSBTI innerhalb der Bundesregierung übernommen hat. Es widmet sich auch der Projektförderung [der Kongress „Respekt statt Ressentiment“ wurde so ermöglicht]. Das Programm „Demokratie leben“ fördert insgesamt zehn Projekte mit vier Millionen Euro. Elke Ferner hebt die Arbeit der interministeriellen Arbeitsgruppe zum Themenkomplex Trans- und Intergeschlechtlichkeit hervor, die unter der Federführung des BMFSFJ die Arbeit aufgenommen hat, um den gesetzgeberischen Handlungsbedarf in Bezug auf die Menschenrechte von trans- und intergeschlechtlichen Menschen zu gewährleisten. Zudem arbeitet eine Arbeitsgruppe aus BMFSFJ und BMI aktuell daran, den bestehenden ‚Nationalen Aktionsplan‘ gegen Rassismus um die Aspekte Homo- und Transphobie zu erweitern. Auch Symbolpolitik hat für Ferner eine Bedeutung, z.B. das Hissen der Regenbogenflagge vor dem Ministerium in 2014, die Unterzeichnung der IDAHO-Erklärung durch Ministerin Schwesig sowie klare Statements, dass Diskriminierung nicht hinnehmbar ist.



Podiumsrunde



Publikum



Publikum

Dr. Bertold Höcker, Superintendent des Evangelischen Kirchenkreises Berlin Stadtmitte, erklärt, dass das Thema Homo- und Transphobie alle dem Naturrecht unterworfenen Religionen angeht. Was nicht der Fortpflanzung dient, wird allen von diesen Religionen abgelehnt. Allein der Protestantismus in Deutschland hat durch eindeutige Positionierungen dieses Problem überwunden. Kirchliche Strukturen seien veränderungsresistent, weil sie oft sakralisiert und damit unantastbar sind. Kommen Veränderungsprozesse jedoch von oben, sind sie umsetzbar. So hat z.B. der Kirchenkreis Mitte für sein Netzwerk an Kitas und Schulen das Konzept „Open and Affirming“ aus der New Yorker Partnergemeinde eingeführt: Formulare wurden modernisiert, Personal wird in Richtung Regenbogenkompetenz geschult, bei Einstellungsgesprächen wird auch nach Sexualpädagogik und LSBTI-Themen gefragt. „Das gehört ganz klar dazu, schließlich ist die Evangelische Kirche ein Tendenzbetrieb“, erklärt Dr. Höcker.

Für die Organisator_innen resümierten **Anetta Kahane** [Amadeu Antonio Stiftung] und **Günter Dworek** [LSVD] das Strategie-Panel.

Kahane beklagt auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen eine neue Welle der Minderheitenfeindlichkeit. Die diskriminierten Gruppen ziehen sich jedoch oft zurück, weil es ihnen an Selbstreflexion über ihre Eigenverantwortung in Bezug auf gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fehlt. So werden sie häufig eher zu gesellschaftlichen Objekten statt zu handelnden Subjekten. Auch Diskriminierungsopfer sind nicht vor der Reproduktion von Vorurteilen gefeit. Aber Selbstreflexion könne man auch nicht immer nur von anderen erwarten. Eine solche Einstellung befördere statt einer Solidarisierung zwischen verschiedenen Gruppen eher eine Art von Opfer-Konkurrenz.



Dr. Bertold Höcker



Anetta Kahane



Günter Dworek

Günter Dworek erinnert an die heftigen Auseinandersetzungen um das AGG vor zehn Jahren. Damals gab es ein gutes solidarisches Bündnis für Nichtdiskriminierung, das man neu beleben könnte. Auf der Bundesebene muss endlich – unter Einbindung der Zivilgesellschaft – mit der Arbeit am ‚Nationalen Aktionsplan‘ begonnen, der Name des Aktionsplans entsprechend aktualisiert werden. Der Bund kann wichtige Impulse setzen: in Bezug auf die Menschenrechtsbildung, die Stärkung der Zivilgesellschaft und der Zivilcourage, in rechtlicher Hinsicht durch die Reform des Transsexuellengesetzes und die Ehe für Alle sowie die Prävention im Hinblick auf die Täter_innen. Dagegen hält „schlechte Symbolpolitik“ weiterhin die Exklusion aufrecht, wie das gerade vom Bundestag verabschiedete Gesetz zur Hasskriminalität demonstriert, in dem Homo- und Transphobie aus nicht nachvollziehbaren Gründen fehlen. Dies muss im Rahmen des Nationalen Aktionsplanes dringend revidiert werden. Der LSVD kündigt an, „nicht eher Ruhe zu geben, bis diese Ziele erreicht sind“.

Bericht: Klaus Jetz, LSVD-Geschäftsführer



FORUM 4 | Nationaler Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie

Der ‚Nationale Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogener Intoleranz‘ soll laut Koalitionsvertrag um die Themen Homo- und Transphobie erweitert werden. Welche Schwerpunkte müssen gesetzt, welche Forderungen gestellt und welche Akteur_innen einbezogen werden? Eine Podiumsdiskussion mit:

- **Katharina Debus**, Dissens e.V.
- **Günter Dworek**, Lesben- und Schwulenverband Deutschland e.V.
- **Thomas Heppener**, Leiter des Referates „Demokratie und Vielfalt“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- **Daria Majewski**, Waldschlösschen
- **Emy Fem**, Trans*Visible
- **Dr. Heike Radvan**, Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern e.V.
- **Ammo Recla**, ABqueer
- **Petra Zwaka**, Jugendmuseum Schöneberg
- **Jun.-Prof. Dr. Anne Schondelmayer**, TU Chemnitz [*Input und Moderation*]

Ergebnisse des Offenen Panels [Zusammenfassung Jun.-Prof. Dr. Anne Schondelmayer]

Jun.-Prof. Dr. Anne Schondelmayer gibt zu Beginn einen kurzen Input zum Thema ‚Nationaler Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie‘. Aufbauend auf Erkenntnissen aus der Evaluation des Landesaktionsplans Berlin¹² und unter Berücksichtigung anderer Aktionspläne in Norwegen, Großbritannien und in den Niederlanden ruft Schondelmayer dazu auf, die Erkenntnisse und Erfahrungen aus anderen Ländern und Bundesländern für einen ‚nationalen Aktionsplan‘ nutzbar zu machen.

Auf struktureller und administrativer Ebene ist dabei insbesondere darauf zu achten, dass alle Ministerien integriert sind und mit klaren Zuständigkeiten zusammenarbeiten. Auch sollte für eine nachhaltige Implementierung unbedingt die Zusammenarbeit mit verschiedenen [Minderheiten-]Communities gesucht werden, denn nur diese garantieren eine Umsetzung, die an konkreten Themen und Problemen ansetzt und damit die notwendige Akzeptanz sichert. Zugleich wäre hier darauf zu achten, dass



¹² Siehe Ergebnisbericht „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ unter: http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb_ads/gglw/isv/bericht_gesamtevaluation_isv_final_bf.pdf

es für Organisationen, die bereits in Communities anerkannt sind bzw. solchen, die Expertise im Bereich bestimmter Zielgruppen haben, eine langfristige Planungssicherheit gibt, die es ermöglicht, auf unterschiedlichen Ebenen wirksam zu werden. Zudem müssen mit einem intersektionalen Ansatz Verschränkungen mit anderen Zugehörigkeitsdimensionen beachtet werden [Mehrfachdiskriminierung].

Die Teilnehmenden des Podiums stellen ihre Arbeit vor und kristallisieren einige zentrale Punkte heraus, die bei der Verabschiedung eines ‚nationalen Aktionsplans‘ zu berücksichtigen sind. Hierbei wird auch eine grundsätzliche Skepsis gegenüber einem solchen Plan geäußert bzw. dazu aufgefordert, aus den Stärken und Fehlern [bspw. sprachlicher Art] anderer Aktionspläne [wie z.B. des Aktionsplans gegen Rassismus] zu lernen. Bei der Konzeption sollten vor allem verpflichtende Formulierungen und konkrete, einklagbare Maßnahmen berücksichtigt werden. Haushaltstitel müssten eingeplant werden, um eine finanzielle Absicherung zu gewährleisten, und der Aktionsplan sollte unbedingt ressortübergreifend erarbeitet werden, so die Expert_innen des Podiums.

Auf der konkreten Umsetzungsebene empfehlen die Diskutant_innen auf Basis ihrer langjährigen Erfahrungen und ihres spezifischen Wissens folgende Punkte, die in einem ‚nationalen Aktionsplan‘ berücksichtigt werden sollten:

1. Unmittelbare pädagogische Praxis

In der konkreten pädagogischen Praxis kommt es darauf an, Barrieren anzugehen, die auf mangelnde Qualifizierung, Unsicherheit bezüglich der eigenen Haltung und auf eigene Wissenslücken zurückzuführen sind. Methodisch-didaktische Qualifizierungen sowie die Unterstützung von Kolleg_innen sind wichtig. Pädagogische Ansatzpunkte sind gendersensible Arbeiten, die für eine Entlastung von einengenden Männlichkeits- und Weiblichkeitsanforderungen sorgen, sowie die Menschenrechtsbildung. Pädagogisch ist es nicht sinnvoll, die Thematik allein unter ‚Sexualpädagogik‘ zu subsumieren. Sexismus, Hetero-Sexismus und Cis-Sexismus sowie Inter*-Feindlichkeit und Trans*-Feindlichkeit sollten in ihrer Verknüpfung thematisiert werden. In der pädagogischen Praxis muss es neben dem Kampf gegen Homo- und Transphobie auch um das Empowerment für LSBTIQ-Jugendliche gehen.

2. Aus-, Fort- und Weiterbildung für die pädagogische Praxis und andere Zielgruppen

Pädagogisches Fachpersonal bedarf der Aus-, Fort- und Weiterbildung zur Thematik. Lehrmaterial muss erweitert, LSBTIQ-spezifische Angebote für Jugendliche sollten konzipiert und angeboten werden. Ein Bedarf an Aus-, Fort- und Weiterbildung zum Themenkomplex Homo-, Trans*- und Inter*-Feindlichkeit besteht auch für die in der Bundesverwaltung Beschäftigten sowie für die Polizei, um die Wahrnehmung und den Schutz von Betroffenen zu sichern und zu gewährleisten. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge [BAMF] benötigt mehr Kompetenzen im Bereich LSBTIQ. Hier sind

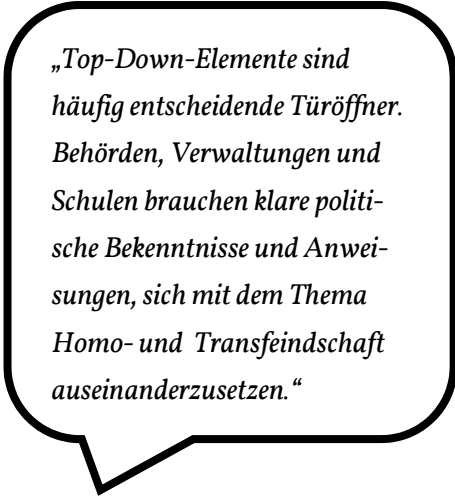
Schulungen und Fortbildungen dringend notwendig, um eine kompetente, menschenwürdige Behandlung von LSBTIQ-Flüchtlingen zu gewährleisten. Auch andere Bundesinstitutionen, insbesondere die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt [BKA] sollten zu diesem Themenbereich geschult werden

1. Strukturelle Verankerungen

Der Aktionsplan braucht sowohl Top-Down- als auch Bottom-Up-Elemente. Top-Down-Elemente sind häufig entscheidende Türöffner. Behörden, Verwaltungen und Schulen brauchen klare politische Bekenntnisse und Anweisungen, sich mit dem Thema Homo- und Transfeindschaft auseinanderzusetzen. Nur wenn es diese klare, verpflichtende Anweisung gibt, findet eine Auseinandersetzung auf allen Ebenen statt. Die Gleichstellung von LSBTIQ muss sichergestellt werden. Strukturelle Verankerungen brauchen LSBTIQ-Straight-Alliances, so dass Betroffene nicht alleine sind. An Bildungseinrichtungen sollten Ansprech- und Beschwerdestrukturen eingerichtet werden. Fort- und Weiterbildungen sollten u.a. in Form von Freistellungen erleichtert sowie als Professionalisierung wertgeschätzt und finanziell abgesichert werden. Die Thematik muss in die pädagogische Aus- und Fortbildung integriert werden, ebenso wie eine inklusive und diskriminierungskritische Sexualpädagogik. Eine örtliche Koordinierungsstelle wäre hilfreich, um die Positionen, Erfahrungen und Belange von Aktivist_innen sammeln zu können, damit diese nicht ignoriert werden. Menschen, die im Nationalsozialismus nach dem §175 verfolgt wurden, müssen als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt und erinnert werden.

4. Vernetzungen und Kooperationen

Kooperationen und Vernetzungen verschiedener Kultur- und Bildungseinrichtungen sind erstrebenswert. Das Thema Homo- und Transfeindlichkeit wird somit zu einer Querschnittsaufgabe, u.a. auch für Museen, und fordert einen selbstreflexiven Umgang mit dem Thema. Eine Verknüpfung mit der Thematik der kulturellen Vielfalt und eine Zusammenarbeit zwischen antirassistischen und Homo- und Trans*-Selbstorganisationen sollte gefördert werden.



„Top-Down-Elemente sind häufig entscheidende Türöffner. Behörden, Verwaltungen und Schulen brauchen klare politische Bekenntnisse und Anweisungen, sich mit dem Thema Homo- und Transfeindschaft auseinanderzusetzen.“

5. Communities

Ein ‚nationaler Aktionsplan‘ ist nur dann sinnvoll, wenn er das Wissen und die Expertise von Betroffenen bzw. Aktivist_innen einbezieht. Unabdinglich ist eine Partizipation der Zivilgesellschaft an der Erarbeitung des Aktionsplans; sowohl Expert_innen als auch Aktivist_innen müssen von Beginn an einbezogen werden. Herr Heppner vom Ministerium hat Selbstorganisationen und andere NGOs

aus dem Themenfeld gebeten, ihm ihre Forderungen und Positionierungen zum Aktionsplan zukommen zu lassen, da es ausdrücklich vorgesehen sei, die Zivilgesellschaft in die Erarbeitung des Aktionsplans mit einzubeziehen.

6. Schutz und Sicherheit

Im Bereich Schutz und Sicherheit braucht es Supportstrukturen für Trans*-Sexarbeiter_innen, am besten über einen Peer-to-Peer-Ansatz.

Fortbildungen für die Polizei zur Sicherung der Wahrnehmung und des Schutzes von Betroffenen werden als wichtig erachtet. Zudem bedarf es eines Monitoring und unabhängiger Beschwerdestellen.

7. Mehrdimensionale Diskriminierung

Mehrdimensionale Diskriminierungen sind zu berücksichtigen. Queere Geflüchtete bedürfen der Unterstützung. Spezifische Situationen müssen wahrgenommen und Handlungsoptionen gemeinsam entwickelt werden. Soziale Sicherungssysteme müssen auch für Trans*-Personen zugänglich sein.

8. Controlling

Es bedarf eines guten und verpflichtenden Berichtswesens der Verwaltungen, das das Controlling und die Nachsteuerung der Maßnahmen entscheidend erleichtert. Auch diejenigen Organisationen, die die Maßnahmen durchführen, sollten eine angemessene Berichtspflicht haben. Die Einbeziehung der Selbstorganisationen auch im Bereich des Controllings ist ebenfalls sinnvoll, beispielsweise im Rahmen von Fachgruppen und öffentlichen Zwischenberichtstreffen.

9. Öffentlichkeit

Verantwortliche in Politik und Verwaltung sollten zum Thema Homo- und Transfeindlichkeit Stellung beziehen. Dies kann durchaus eine Wirkung in Parteien, Fraktionen und den Ländern erzielen.

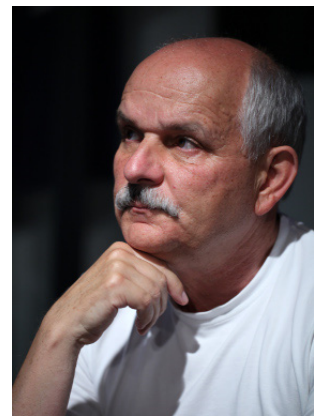


FORUM 5 | Vielfalt und Respekt vermitteln

Die Auseinandersetzungen um Bildungspläne verdeutlichen es: Die Bildungsarbeit zu gleichgeschlechtlichen Lebensweisen und verschiedenen Geschlechtsidentitäten in Schule, Kita und Sozialer Arbeit ist gegenwärtig eines der Hauptangriffsziele homo- und transphober Polemiken. Wie können Diffamierungen zurückgewiesen und Initiativen für eine Pädagogik der Vielfalt gestärkt werden?

Akademisierung und Professionalisierung sexueller Bildung und Beratung [Prof. Dr. Harald Stumpe]

Sexuelle Bildung ist mehr als Aufklärung und Sexualpädagogik. Um das Thema sexuelle Vielfalt [Geschlechtsidentitäten, sexuelle Identitäten, sexuelle Orientierungen usw.], welches gegenwärtig häufig zu häufig polarisierten Meinungen führt, einer sachlichen Diskussion zuzuführen, bedarf es entsprechend ausgebildeter, professionell arbeitender Fachkräfte. In der öffentlichen Meinungsbildung wird ein solcher Standpunkt meist ausgeblendet, weil gelebte Sexualität ein elementares Lebensbedürfnis darstellt, weil nahezu jeder Mensch dazu entsprechende Erfahrungen hat und Bildungsarbeit daher als nicht notwendig erscheint.



Der Pluralismus verschiedener Lebensstile im Bereich von Sexualität gehört zum gesellschaftlichen Konsens, mit Ausnahme der Anerkennung sexueller Vielfalt. Das demonstrieren uns die anhaltenden Auseinandersetzungen in einigen Bundesländern zur „sexuellen Vielfalt“ als Thema in den Bildungsplänen der Schulen. Populismus, Halbwissen und ‚Stammtischrhetorik‘ bestimmen immer noch die Kommunikation zum Thema Sexualität in der Bevölkerung. Der heutige Aufbruch der Geschlechterdichotomie, die stärkere Öffentlichkeit von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in den Medien und im realen Leben führen offensichtlich erst jetzt zu einem Bewusstwerden der „neuen Normalität“ bei den meisten Menschen. Diese Tatsache dürfte eine der Ursachen sein, die gegenwärtig zu einer Polarisierung der Meinungsbildung zwischen Befürworter_innen und Gegner_innen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt führen. Aus diesen Entwicklungen heraus lassen sich die wachsenden Anforderungen an die sexuelle Bildungsarbeit ableiten. Die in Deutschland in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts entstandene Sexualwissenschaft konnte sich nach der Zerschlagung des Hitler-Faschismus nur wenig weiter entwickeln. In den letzten Jahren wurden sogar akademische Einrichtungen wie das Institut für Sexualwissenschaft an der Universität Frankfurt am Main geschlossen.

Professuren im Bereich der Sexualwissenschaft werden in aller Regel nur als Projekte und damit als befristet eingerichtet. Die konfliktreiche Entwicklung in der öffentlichen Meinungsbildung ruft geradezu nach einer interdisziplinären akademischen Aus- und Weiterbildung von Fachkräften für die

soziale Praxis. Sie dürfte der Schlüssel für qualifizierte zielgruppenspezifische Bildungsarbeit, qualifizierte altersgerechte Bildung, eine effiziente didaktisch-methodische Umsetzung alters- und zielgruppenspezifischer Themen und Inhalte, für Aus-, Fort- und Weiterbildung von Menschen in sozialen, therapeutischen [und allen humanwissenschaftlichen] Berufen und für politische Entscheidungsfindungen sein. Eine Forderung nach Akademisierung und Professionalisierung sexueller Bildung und Beratung schließt keinesfalls die vielfältigen ehrenamtlichen Aktivitäten [z.B. Schulprojekte des LSVD] aus. Sie sind und bleiben wichtige Bestandteile der Bildungsarbeit für junge Menschen. Der heute in Fachkreisen benutzte Begriff der „Sexuellen Bildung“ schließt diese Tätigkeit notwendig ein.

In Deutschland gibt es gegenwärtig nur zwei Möglichkeiten für ein akademisches Studium. Seit 2009 existiert an der Hochschule in Merseburg der stark nachgefragte Masterstudiengang „Angewandte Sexualwissenschaft“ mit ca. 200 Bewerberinnen aus dem In- und Ausland auf insgesamt 20 Studienplätze. Seit dem vergangenen Jahr wird ein weiterer Studiengang [gebührenpflichtiger Weiterbildungsmaster] ‚Sexologie‘ als Kooperationsprojekt mit dem Institut für Sexualpädagogik und Sexualtherapie Uster [Schweiz] mit dem Schwerpunkt „Sexocorporel“ angeboten. Beide Studiengänge verfolgen zwei übergeordnete Zielstellungen:

1. Professionelle in humanwissenschaftlichen Berufen zu befähigen, Menschen bei der Entwicklung einer selbstbestimmten Sexualität im Sinne sexueller Vielfalt zu bilden, zu beraten und zu begleiten.
2. Professionelle in humanwissenschaftlichen Berufen zu befähigen, die sexuellen und reproduktiven Menschenrechte durchzusetzen und für eine entwicklungsfördernde sexuelle Kultur und Politik, frei von Gewalt und Bevormundung, einzutreten.

Die positiven Erfahrungen an der Hochschule Merseburg und die anhaltend hohen Bewerbungszahlen belegen deutlich einen wachsenden Bedarf, der gegenwärtig nicht abgedeckt werden kann. Insofern wäre es sehr wünschenswert, dass sich an anderen Universitäten und Hochschulen weitere sexualwissenschaftlich ausgerichtete Studiengänge etablieren.

Weitere Informationen zu den Studiengängen können der Webseite der Hochschule Merseburg www.hs-merseburg.de entnommen werden.

„Um das Thema sexuelle Vielfalt (Geschlechtsidentitäten, sexuelle Identitäten, Orientierungen usw.), welches gegenwärtig häufig zu polarisierten Meinungen führt, einer sachlichen Diskussion zuzuführen, bedarf es entsprechend gut ausgebildeter, professionell arbeitender Fachkräfte.“



Vielfalt und Respekt vermitteln – Ideen für Initiativen einer Pädagogik der Vielfalt [Katja Krolzik-Matthei]

Schulaufklärungsprojekte von LSBTIQ-Organisationen ebenso wie emanzipatorische sexuelle Bildung sehen sich Angriffen von rechtskonservativer und christlich-fundamentalistischer Seite ausgesetzt. Unter dem Druck der Angriffe entwickelte sich eine vitale Dynamik zwischen beiden Bereichen, die nicht grundsätzlich miteinander zusammenarbeiten. Abgrenzungsbewegungen und die gemeinsame Suche nach Synergien und Strategien kamen in Gang. Vor dem Hintergrund der Frage nach geeigneten Wegen der Vermittlung von Vielfalt und Respekt ist es sinnvoll, beide Bereiche hinsichtlich ihrer Ziele, Zielgruppen, Inhalte, Methoden und Durchführenden zu vergleichen.



Dabei wird deutlich: Schulprojekte nehmen einen besonderen Stellenwert innerhalb der sexuellen Bildung ein. Ein besonderer Wert der Schulprojekte liegt in den biographischen Einheiten, in denen die ehrenamtlichen Durchführenden von ihren ganz persönlichen Erfahrungen berichten und den Jugendlichen diesbezüglich Rede und Antwort stehen. Sexuelle Bildung, einschließlich der Arbeit der Schulprojekte, leistet durch ihre Anteile zur Förderung von Anerkennung und Respekt einen Beitrag zur Demokratiebildung von Kindern und Jugendlichen.

Sexuelle Bildung und Schulprojekte tun gut daran, insbesondere im Hinblick auf die geschilderten respektlosen Ressentiments und Angriffe, Gemeinsamkeiten hervorzuheben, Zusammenarbeit zu forcieren und, im Bündnis für ein respektvolles Miteinander und für Vielfalt, Standpunkt gegen Antifeminismus, Neue Rechte und christlichen Fundamentalismus zu beziehen. Drei Beispiele zeigen, wie dies in der Praxis aufgegriffen werden kann:

Menschenrechtsbasierte Sexualpädagogik mit Jugendlichen: pro familia Bundesverband

Der pro familia Bundesverband hat im Jahr 2012 die eigenen sexualpädagogischen Standards überarbeitet und zu einem rechtebasierten Ansatz hin weiterentwickelt. In der Handreichung „Jetzt erst Recht“ wird der Ansatz vorgestellt und die Umsetzung an drei Praxisbeispielen verdeutlicht. Die folgenden vier Schwerpunkte liegen dem Ansatz zu Grunde: Rechtebasierung, Gendersensitivität, Orientierung an Bürgerschaftlichkeit und die Bejahung von Sexualität.

Der pro familia Bundesverband bildet auf dieser Grundlage eigene Sexualpädagog_innen fort. Der Ansatz bietet eine gute Ausgangsbasis, um die Ansprüche sexueller Bildung zu erfüllen, die Respekt vermitteln und Demokratiefähigkeit fördern will.

Podiumsdiskussion für besorgte Eltern: RosaLinde e.V. Leipzig / Arbeitskreis Sexualpädagogik Leipzig

Bereits im Herbst 2014 richtete der Arbeitskreis Sexualpädagogik Leipzig [AK Sexpäd] einen Fachtag mit dem Schwerpunkt ‚frühkindliche Sexualität‘ aus, um den gerade in diesem Zeitraum aufflammenden Debatten fachlich zu begegnen. Kurz darauf, im Dezember 2014, veranstalteten der AK Sexpäd und RosaLinde e.V. [Verein für translesbischschwule Beratung und Begegnung] eine Podiumsdiskussion für Eltern, die durch diese Debatten verunsichert waren und Fragen zu sexueller Bildung und Schulaufklärungsprojekten hatten. Es ging den Veranstalter_innen darum, die eigenen Angebote gegenüber den Eltern transparent zu machen. Dahinter steht auch die Erkenntnis, dass die bisherige Form der Elternarbeit offenbar nicht ausreicht. Die Sexualpädagog_innen wollten mit Eltern ins Gespräch kommen, Impulse für die weitere Arbeit mitnehmen und sich Eltern als fachkompetente Partner_innen in der Begleitung der sexuellen Sozialisation von Kindern anbieten.

„Schulprojekte nehmen einen besonderen Stellenwert innerhalb der sexuellen Bildung ein. Ein besonderer Wert der Schulprojekte liegt in den biographischen Einheiten, in denen die ehrenamtlichen Durchführenden von ihren ganz persönlichen Erfahrungen berichten.“

Elterninfopoint: AK Sexpäd Leipzig

Als Konsequenz aus der Podiumsdiskussion und ermutigt durch Vertreter_innen des städtischen Gesamtelternrates entschloss sich der AK Sexpäd, eine weitere Innovation zu wagen: eine Anlaufstelle für Eltern, die einmal monatlich stattfindet und jeweils von fachkompetenten Sexualpädagog_innen aus dem Arbeitskreis besetzt ist. Eltern [sowie Multiplikator_innen] erhalten dort Informationen zu den Angeboten außerschulischer Sexualpädagogik in Leipzig sowie Orientierung bei Fragen zur Sexualität von Kindern und Jugendlichen.



Homo- und Transphobie in der Schule: Die Rolle der Lehrkräfte und der Widerstand gegen die Berücksichtigung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt [Prof. Dr. Ulrich Klocke]

Zwei von fünf Berliner Sechstklässler_innen verwenden „Lesbe“ als Schimpfwort, „Schwuchtel“ sogar drei von fünf. Darüber hinaus lästert etwa die Hälfte der Schulkinder über Personen, weil diese für lesbisch oder schwul gehalten werden oder sich nicht geschlechtskonform verhalten. Das zeigt eine Befragung aus dem Jahr 2011 in 50 Schulklassen an 20 Berliner Schulen. Mehr als 700 Schüler_innen haben darin Auskunft gegeben, wie sich je zwei Mitschüler_innen und ihr_e Klassenlehrer_in im vergangenen Jahr verhalten haben. Nach ihren Angaben intervenieren nur 4% der Klassenlehrer_innen jedes Mal, wenn homophobe Schimpfwörter fallen, 13% intervenieren nie. Etwa ein Drittel der Klassenlehrer_innen macht sich sogar selbst über nicht-geschlechtskonformes Verhalten lustig. Nur ein Fünftel arbeitet mit Unterrichtsmaterialien, in denen auch Lesben und Schwule vorkommen.



Der Einfluss durch Lehrkräfte und Schule

Dabei zeigt die Befragung, dass Lehrkräfte durchaus Einfluss auf die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt haben: In je mehr Fächern und Jahrgängen Lesben und Schwule thematisiert wurden, desto besser wussten die Schüler_innen über LSBTI Bescheid, und desto positivere Einstellungen haben sie gegenüber diesen Gruppen. Auch eine Ächtung von Mobbing im Schulleitbild geht mit mehr Wissen und positiveren Einstellungen einher. Wissen die Schüler_innen, dass an ihrer Schule lesbische, schwule oder bisexuelle Lehrkräfte unterrichten, verhalten sie sich solidarischer gegenüber Lesben und Schwulen, und ihre Einstellungen werden positiver [wie eine Wiederholungsbefragung neun Monate später feststellt]. Des Weiteren macht es einen Unterschied, wie die Lehrkräfte mit Diskriminierung umgehen. Wenn sie dagegen vorgehen, haben ihre Schüler_innen tendenziell positivere Einstellungen. Machen sie sich hingegen über Lesben, Schwule und nicht-geschlechtskonformes Verhalten lustig, verhalten sich auch ihre Schüler_innen diskriminierender.

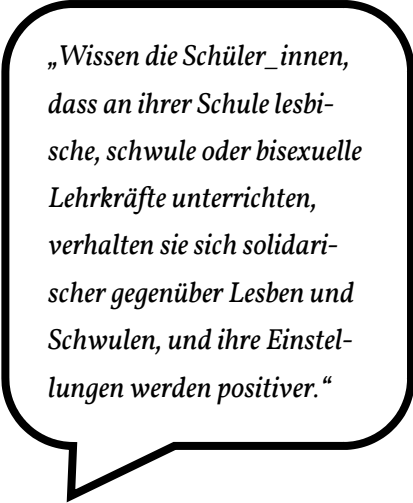
Die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt lässt sich also durch Sichtbarkeit verbessern, indem diese Vielfalt ganz selbstverständlich thematisiert wird und Möglichkeiten für persönlichen Kontakt geschaffen werden. Wichtig ist, dass dies möglichst früh geschieht, da homophobe Diskriminierungen bei den Sechstklässler_innen stärker verbreitet sind als bei den Neuntklässler_innen. Diskriminierungen sollten die Lehrkräfte grundsätzlich unterbinden, auch wenn diese nicht homophob gemeint sind, z. B. indem sie hinterfragen, warum „schwul“ oder „lesbisch“ als Schimpfwörter verwendet werden und den Schüler_innen ihre Wirkung auf [ungeoutete] LSBTI-Jugendliche und auf das Schulklima verdeutlichen.

Was motiviert Lehrkräfte, sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zu berücksichtigen?

Lehrkräfte können also die Akzeptanz für Vielfalt verbessern. Doch wie lassen sie sich dazu bewegen, ihre Möglichkeiten zu nutzen? Dazu befragten wir im Herbst 2014 deutschlandweit online über 1.000 Lehrkräfte, wie oft sie in den vergangenen 12 Monaten sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Schule thematisiert und wie regelmäßig sie gegen Diskriminierung von LSBTI interveniert hatten. Darüber hinaus erfassten wir mögliche Einflussvariablen, beispielsweise ihre Einstellungen, Überzeugungen sowie situative Rahmenbedingungen.

Als wichtigster Einfluss auf beide Zielvariablen stellte sich der persönliche Kontakt heraus. Wenn die Lehrkraft von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- oder intergeschlechtlichen Personen in ihrem Umfeld weiß, dann thematisiert sie sexuelle und geschlechtliche Vielfalt gegenüber ihren Schüler_innen häufiger und interveniert konsequenter gegen Diskriminierung. Zudem scheinen sich Weiterbildungsmaßnahmen auszuzahlen, denn Lehrkräfte, die sich damit zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt qualifiziert haben, thematisieren diese häufiger gegenüber ihren Schüler_innen.

Zusätzlich zu diesen situativen Einflüssen sind auch die Überzeugungen und Einstellungen der Lehrkräfte relevant. Insbesondere Wissen spielt eine wichtige Rolle. Wenn die Lehrkräfte davon überzeugt sind, sich gut mit dem Thema auszukennen und zu wissen, wie man bei Diskriminierung am besten interveniert, dann thematisieren sie sexuelle und geschlechtliche Vielfalt häufiger und intervenieren konsequenter. Auch die Überzeugung, dass ihr Verhalten die Akzeptanz für Vielfalt erhöht, macht beide Verhaltensweisen wahrscheinlicher. Die Thematisierung wird darüber hinaus wahrscheinlicher durch die Überzeugung, dass unter den eigenen Schüler_innen LSBTI sind, dass man Lehrmaterialien zur Verfügung hat, die die Thematisierung erleichtern und dass gültige Richtlinien [z. B. Lehrpläne] eine Thematisierung vorschreiben. Die Intervention gegen Diskriminierung wird hingegen unwahrscheinlicher, wenn eine Lehrkraft glaubt, dass LSBTI-Schüler_innen die Diskriminierung provoziert haben.



„Wissen die Schüler_innen, dass an ihrer Schule lesbische, schwule oder bisexuelle Lehrkräfte unterrichten, verhalten sie sich solidarischer gegenüber Lesben und Schwulen, und ihre Einstellungen werden positiver.“

Die Untersuchung zeigt, wie hilfreich es ist, wenn LSBTI gegenüber Lehrkräften in ihrem Bekannten- oder Kollegenkreis zu ihrer Identität stehen, da persönlicher Kontakt der wichtigste Motivator für eine Berücksichtigung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in der Schule ist. Zudem lassen sich wichtige Hinweise für Weiterbildungsmaßnahmen ableiten. Wichtig ist, dass darin Wissen zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt vermittelt wird und konkrete Handlungsweisen eingeübt werden, wie bei Diskriminierung interveniert werden kann.

Darüber hinaus sollte verdeutlicht werden, dass in fast allen Schulklassen [wenn auch unerkannt] LSBTI unter den Schüler_innen sind und dass Lehrkräfte die Lebenssituation dieser Schüler_innen durch ihr Verhalten verbessern können. Zudem zeigt die Untersuchung die Wichtigkeit, dass Lehrpläne die Berücksichtigung aller Arten von Vielfalt [auch für die Gestaltung von Lehrmaterialien] verbindlich festlegen.

Widerstand gegen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Schule

Die von fast 200.000 Menschen unterzeichnete Petition „Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens“ zeigt, dass die Berücksichtigung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in der Schule Widerstand auslösen kann. Die Begründungen dieses Widerstands findet man bei den Leser_innen-Kommentaren zur Petition. Sie lassen sich fünf Positionen zuordnen: Der Bildungsplan führe erstens zu einer Sexualisierung von Kindern, indem diesen „suggeriert werden soll, dass jeder mit jedem und allem sexuelle Kontakte und Praktiken ausübt“. Zweitens schwäche er durch eine Stärkung von LSBTI die traditionellen Familien. Drittens bestünde die Gefahr, dass „Normale“ diskriminiert werden, weil die „traditionelle Familie mit festem Partner als ‚Auslaufmodell‘ dargestellt“ werde. Viertens würden LSBTI zu sehr hervorgehoben. Und fünftens müsse Toleranz ausreichen und es könne nicht erwartet werden, dass man Homosexualität „normal“ findet.

Für die Befürworter_innen der Berücksichtigung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Bildungseinrichtungen ist es hilfreich, adäquat auf diesen Widerstand zu reagieren. Unterschieden werden sollte dabei zwischen Falschinformationen einerseits und Ängsten oder Unbehagen andererseits, die nicht allein durch korrekte Informationen behoben werden können.

Falschinformationen sollten so sachlich und allgemeinverständlich wie möglich entkräftet werden, z. B. durch Handreichungen für Journalist_innen, Bildungseinrichtungen und „besorgte Eltern“ [wie z.B. die FAQs zur Sexualpädagogik/Sexuellen Bildung der Gesellschaft für Sexualpädagogik]. Wichtig ist insbesondere, deutlich zu machen, dass LSBTI genauso asexuell dargestellt werden können wie heterosexuelle, cis-geschlechtliche Personen. Zudem sollte klargestellt werden, dass die Möglichkeit, sachlich über Sexualität zu sprechen, Missbrauch, sexuelle Gewalt und eine unkritische Rezeption von Pornografie – also Sexualisierung – eher verhindert statt befördert.

Um Ängste vor einer Abwertung traditioneller Familien abzubauen, könnte es sich auszahlen, Überheblichkeit gegenüber sogenannten „tradierten“ Rollenkonzepten zu vermeiden und diese explizit wertzuschätzen. Dies mag auf den ersten Blick überflüssig, weil selbstverständlich erscheinen, diese Selbstverständlichkeit wird aber offenbar nicht allgemein wahrgenommen. Klargestellt werden muss auch, dass Akzeptanz gegenüber LSBTI und anderen Minoritäten nicht erzwungen werden soll, sondern als langfristiges Ziel angestrebt wird, um Chancengleichheit und ein friedliches Zusammenleben in einer pluralistischen Gesellschaft sicher zu stellen.

Vorwürfen einer einseitigen Betonung von LSBTI kann durch Kooperation mit Vertreter_innen anderer Gruppen [z. B. Frauen, Migrant_innen oder Menschen mit Behinderung] und durch die konsequente Berücksichtigung sämtlicher Diversitätsdimensionen begegnet werden. Zudem möchte ich zu einer Diskussion innerhalb der LSBTI-Community anregen darüber, ob das zentrale Ziel der individuellen Selbstbestimmung ergänzt werden sollte durch eine explizitere Betonung des Ziels der zwischenmenschlichen Verantwortung, z. B. in verbindlichen Beziehungen und Familien. Diese Erweiterung könnte Bündnisse auch mit religiösen Kreisen oder Menschen kollektivistischer Kulturen erleichtern.

■ Bericht über das Forum im LSVD-Blog: <http://www.lsvd-blog.de/?p=10551>



FORUM 6 | Unterhaltungswert Homophobie?

Die Medien sollen und müssen Meinungsvielfalt und gesellschaftliche Debatten abbilden, aber sie stehen auch in einer ethischen Verantwortung, nicht jedem homophoben Marktschreier einen Talkshow-Sessel anzubieten. Welche homo- und transphoben Kommunikationsstrategien sind in den Medien zu beobachten? Was kann dagegen gesetzt werden?

Aus Versehen diskriminierend. Homo- und Transfeindlichkeit in deutschen Medien [Katrin Gottschalk]

Wie es derzeit in Sachen Homo- und Transfeindlichkeit in deutschen Medien aussieht und warum diskriminierungsfreies Berichten dringend Teil der journalistischen Ausbildung werden sollte



Conchita Wurst hat den Eurovision Songcontest gewonnen, Thomas Hitzlsperger sich öffentlich geoutet. Laverne Cox war auf dem Cover der Times, Caitlyn Jenner auf dem der Vanity Fair. Endlich scheinen wir einer Welt näher zu kommen, in der alle Geschlechter und alle sexuellen Orientierungen in den Medien Raum haben und ein Bewusstsein für die Lebensrealitäten verschiedener Minderheiten herrscht.

Gleichzeitig lesen wir ständig Kommentare und sehen Sendungen, in denen Menschen lauthals aus Prinzip das N-Wort wiederholen, auf dem Namen ihres Schnitzels bestehen oder offen verkünden: „Ich bin homophob, und das ist auch gut so.“

Diese Aussage des Welt-Kolumnisten Matthias Matussek steht stellvertretend für viele derzeit in den Feuilletons von ‚FAZ‘, ‚Welt‘ oder ‚Zeit‘ kursierende Meinungstexte. Diese Texte sind Kommentare ohne Anspruch auf Objektivität. Sie sollen bewusst überspitzen. Die Frage ist allerdings: Ist Homophobie eine Meinung?

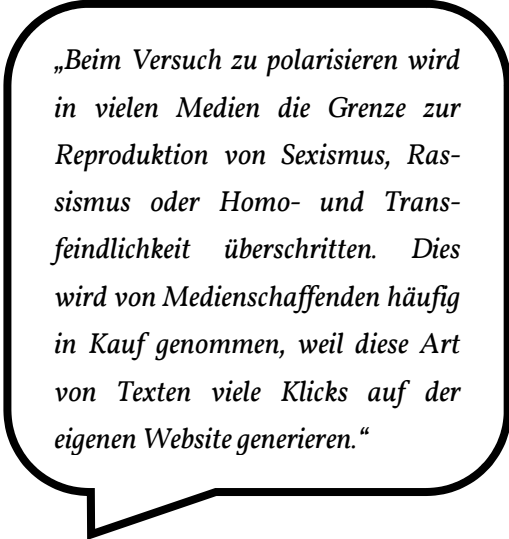
Beim Versuch zu polarisieren wird in vielen Medien die Grenze zur Reproduktion von Sexismus, Rassismus oder Homo- und Transfeindlichkeit überschritten. Dies wird von Medienschaffenden häufig in Kauf genommen, weil diese Art von Texten viele Klicks auf der eigenen Website generieren – und je mehr Klicks eine Website hat, desto höherpreisiger kann diese ihre Anzeigen verkaufen.

Die klassischen Printmedien stecken bekanntermaßen in der Krise – das betrifft vor allem die Tageszeitungen. Weniger Menschen kaufen das gedruckte Blatt. Ideen, wie online Geld zu verdienen ist, sind rar. Also sind diese so genannten „Debattenbeiträge“ willkommene Klickgeneratoren – weil

sie von allen Seiten geteilt werden: denen, die der Meinung zustimmen, denen, die widersprechen, sich aufregen, denen, die die ganze Aufregung nicht verstehen usw.

Mancher Text erreicht dank Netz auch unfreiwillig viele Menschen. Im ‚Westfalenblatt‘ riet kürzlich eine Autorin einem Leser, seine Kinder besser nicht mit auf die Hochzeitsfeier eines schwulen Paares zu nehmen. Es würde sie verwirren. Eine Twitter-Userin stellte den Artikel auf ihre Seite, und er wurde so oft geteilt und negativ kommentiert, dass die Autorin nun nicht mehr für das ‚Westfalenblatt‘ schreiben darf.

Eine nicht sonderlich zufriedenstellende Lösung. Artikel von freien Autor_innen werden von der Redaktion abgenommen und letztlich von der Redaktionsleitung verantwortet. Ein Redaktionsleiter schrieb während der hitzigen Twitter-Debatte: „Meines Wissens ist Homophobie nicht zwangsläufig menschenverachtend.“ Darin zeigt sich nicht unbedingt seine abgrundtiefe Homo-Feindlichkeit, sondern vor allem ein ziemlich weit verbreitetes Unwissen, eine fehlende Sensibilität für Themen, die außerhalb des eigenen Erfahrungsraumes liegen. Das betrifft auch das Leben von Transpersonen, von Schwarzen Menschen, dicken Menschen, armen Menschen, selbst von Frauen.



„Beim Versuch zu polarisieren wird in vielen Medien die Grenze zur Reproduktion von Sexismus, Rassismus oder Homo- und Transfeindlichkeit überschritten. Dies wird von Medienschaffenden häufig in Kauf genommen, weil diese Art von Texten viele Klicks auf der eigenen Website generieren.“

Eine andere Herangehensweise versprechen die Talkshows der Öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Die Idee: mehrere Meinungen treffen aufeinander und werden dabei moderiert, an problematischen Stellen kritische Nachfragen platziert. Das Prinzip geht allerdings nicht immer auf. Im Februar 2014 diskutierten Talk-Gäste bei „Menschen bei Maischberger“ das Thema „Homosexualität auf dem Lehrplan: Droht ‚moralische Umerziehung‘?“. Über den Bildungsplan in Baden-Württemberg, der diskutiert werden sollte, wussten nur zwei von ihnen Bescheid: die konservative Birgit Kelle, die sogar eine Textpassage aus dem Bildungsplan dabei hatte. Und Jens Spahn, zwar schwul, aber mehr noch CDU-Anhänger und deshalb alles andere als gewillt, einen rot-grünes Papier zu verteidigen. Auch die Moderatorin konnte kein rechtes Licht ins Themendunkel bringen, und so blieb jede Meinung neben der anderen stehen.

Besser funktionierte der moderierte Streit dieses Jahr im April, ebenfalls bei „Menschen für Maischberger“. Alice Schwarzer konnte mit Verweisen auf häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder das Bild der heiligen heterosexuellen Ehe gut ankratzen. Die Theologin Michaela Freifrau von Heereman enttarnte sich selbst, indem sie sagte, Bisexualität erhöhe „die Gefahr der ewigen Treue“. AfD-Politiker Björn Höcke war kaum noch ernst zu nehmen mit seinem Satz „Ich bin ein sehr toleranter Mensch, das ist gar keine Frage“ – nachdem er Homosexuelle zuvor als „geisteskrank“ bezeichnet hatte. Diese Argumentation, wie Höcke sie brachte, ist sehr typisch: Ich bin so tolerant, ich toleriere

dich, also toleriere du mich gefälligst auch. Oder auch: Wir sind keine Rassist_innen, wir sind besorgte Bürger_innen.

Machtverhältnisse werden umgedreht: Menschen, die zur Mehrheitsgesellschaft gehören – weiß, heterosexuell, Mittelstand – inszenieren sich als von einer übermächtig geworden Minderheit – der „Homo-Lobby“ oder den Feminist_innen – als unterdrückt.

Egal, für wie diskriminiert die „besorgten Bürger_innen“ sich halten, ihre Forderungen sind genau das: diskriminierend. Aber sind es deswegen auch die Medien, die darüber berichten? Es lohnt sich eine Unterscheidung. Bis auf Matthias Matussek sind Medienmenschen in der Regel nicht gerade stolz darauf, homophob zu sein oder als solches bezeichnet zu werden, genauso, wie keine/r sich gerne als Rassist_in bezeichnet.

Es gibt einen Unterschied zwischen Beiträgen, die direkt diskriminieren und solchen, die ‚nur‘ Stereotype oder Vorurteile reproduzieren. Aber auch das ist gefährlich. Vorurteile können zu Diskriminierung führen. Beispiel: Eine Studie hat gezeigt, dass Schüler_innen, die etwa Chantal oder Sandy heißen, von Lehrer_innen pauschal sogenannten „bildungsschwachen“ Familien zugeordnet werden, deshalb als leistungsschwach gelten und schlechter benotet werden. Vorurteile beeinflussen das Handeln. Deshalb ist es essentiell, dass der Umgang mit Themen wie Sexismus, Rassismus, Homo- und Transfeindlichkeit und anderen Diskriminierungsformen verbindlich in die journalistische Ausbildung einfließt. Journalist_innen müssen wissen: Was ist diskriminierungs-freie Sprache? Wie schreibe ich über eine Deutsche mit türkischer Familiengeschichte, ohne Klischees zu reproduzieren? Warum ist eine *Geschlechtsangleichung* keine *Geschlechtsumwandlung*?

An deutschen Journalistenschulen wird viel Zeit in die Sprache investiert. Verständlich – Sprache in Ton, Bild oder Schrift ist das Ausdrucksmittel aller Journalist_innen. Um dicht zu schreiben, sollte man nicht zu viele Adjektive verwenden. Der Anfang einer Geschichte sollte wie ein Hai zubeißen und die Leser_innen in den Text ziehen usw. Zu einer guten Form muss es einfach auch gehören, nicht ‚aus Versehen‘ die schlimmsten Stereotype zu reproduzieren [der schwule Fußballstar, der „trotzdem“ hart schießen kann] und Sachverhalte korrekt zu benennen: Es gibt eben keine Ehe nur für Homos – es gibt nur eine Ehe, die für Homosexuelle geöffnet werden soll.

Hilfreiche Leitfäden dafür wurden schon vom Bund lesbischer und schwuler JournalistInnen geschaffen [„Schöner Schreiben über Schwule und Lesben“], von ATME e.V. [Leitfaden für Medien] oder von TransInterQueer e.V. [„Trans* in den Medien“]. Leider sind alle drei Organisationen in journalistischen Kreisen kaum bekannt – anders als etwa der ‚Mediendienst Integration‘ und die ‚Neuen Deutschen Medienmacher‘, deren Glossar zum Schreiben über Migration zwar längst nicht breitenwirksam beachtet wird, das jedoch eine gewisse Aufmerksamkeit erreichen konnte.

Grundsätzlich können im Netz alle zu einer diskriminierungsfreieren Sprache beitragen, denn wer etwa auf Twitter eine relevante Debatte ins Rollen bringt, hat auch eine gute Chance, gehört zu werden. Nach Protesten im Netz änderten etwa Frankfurter Rundschau und tagesschau.de in ihren

Texten die „Homo-Ehe“ um in eine „Ehe für alle“. Zwar ist nur ein sehr geringer Prozentsatz der deutschen Bevölkerung überhaupt bei Twitter, Journalist_innen sind es dagegen auf jeden Fall. Werden hier viele Stimmen laut, können es sich Journalist_innen nicht leisten, diese zu überhören. Außerdem sind sie immer auf der Suche nach einem Thema. Für die ständig wachsende Riege von Medienjournalist_innen und Netzreporter_innen ist Twitter mitunter die Hauptbezugsquelle. Deshalb muss Netzaktivismus für Organisationen genauso wichtig sein wie alles andere.

Eine hohe Aufmerksamkeit erhalten im Netz Beiträge mit Humor. Gerade erst entwickelte das Berliner ‚Peng! Collective‘ einen Twitter-Bot, der eine Woche lang allen, die etwa Begriffe wie „rape“ oder „Feminazi“ in ihren Tweets verwenden, therapeutische Videos geschickt hat.

Auch immer unterhaltsam ist der „Gender Swap“, der sich auch leicht auf vieles andere übertragen lässt: Würde ich auch bei einem heterosexuellen Fußballer schreiben, dass er „trotzdem“ hart schießen kann?

Es kann auch sehr effektiv sein, Fakten auf die Schippe nehmen: Die Zeit veröffentlichte im Zuge der Diskussionen um die Öffnung der Ehe eine Grafik, die zeigt, wie viel sich für heterosexuelle Paare ändert, wenn die Ehe auch für homosexuelle Paare geöffnet wird. Nämlich gar nichts. Die Idee für die Grafik war zwar etwas geklaut, aber trotzdem eben eine gute Idee. Auf Facebook wurde sie über 15.000 mal geliked und über 5.000-mal geteilt.

Ein paar Fakten sind in der Debatte auch wichtig. Wo kann ich sie schnell finden? Kann ich damit auch unterhalten? Warum nicht ein Listicle mit den „20 Wahrheiten über die Bildungsreform in Baden-Württemberg“ erstellen? Auch das kann eine Form von Öffentlichkeitsarbeit sein.

Es wird also mehr über LSBTI* in den Medien berichtet, aber die Art und Weise ist oft nicht unproblematisch, denn Stereotype werden unbewusst, aber auch bewusst reproduziert. Dagegen kann eine Integration gewisser Themenbereiche in die journalistische Ausbildung helfen, und mittels Twitter können potentiell alle sich an Debatten beteiligen. Humor ist dabei eine große Hilfe, den man sich natürlich auch erst einmal leisten können muss.

Wichtig ist aber auch, sich selbst ein paar Fragen zu beantworten: Wie soll denn über LSBTI* geschrieben werden? Welche Bilder produziere und reproduziere ich selbst? Wenn mein Handeln als weißer, schwuler Aktivist von einer Schwarzen Frau als rassistisch bezeichnet wird, kann ich das nicht einfach deshalb ignorieren, weil ich ja schon Teil einer Minderheit bin.

Wer der von Jobst Paul beschriebenen Binarität von Ausgrenzungsdiskursen entkommen will, kann kritisches Reflektieren und den sensiblen Umgang mit Minderheiten nicht nur als Hausaufgabe für „die anderen“ sehen. Beim Aufbrechen dieser Binarität sind alle gefragt – das große Mainstream-Medium ebenso wie das kleine linke Fanzine.



Unterhaltungswert Homophobie? [Dr. Jobst Paul]



In der aktuellen Situation sollte man sich nicht nur um herkömmliche, sondern auch um nachhaltige Antworten bemühen. Im Konferenzprogramm schlagen sich offenbar beide Perspektiven nieder. Einerseits wird auf eine rechtspopulistisch-fundamentalistische Allianz hingewiesen, gegen die sich eine umfassende „gesamtgesellschaftliche“ Strategie richten soll. Entsprechend wird in den drei Foren jeweils eine ‚gute‘ Praxis von Politik, Pädagogik und Medien gegen eine andere, negative gesetzt. Eine solche binäre Strategie des ‚Kampfes‘ ist zwar verständlich, aber sie muss hinterfragt werden, denn sie hat nicht verhindert, dass sich eine fundamentalistische Allianz radikalisieren und bis in die gesellschaftliche Mitte hinein entwickeln konnte.

Schwachstellen des Kampf-Szenarios liegen insbesondere darin, dass es dem rechtspopulistischen Kalkül eines ‚Kulturkampfes‘ in die Hände arbeiten kann. Zugleich reproduziert man – mit dem Verharren in binären Selbst- und Gegen-Zuschreibungen – die schlechte Spielregel, die man bekämpfen will, bzw. man tabuisiert sie noch weiter. Das Kampf-Szenario kann auch zu Missverständnissen führen. So bedeutet die Erringung von Rechten nicht automatisch, dass sich das homophobe gesellschaftliche Potential verringert. Oder: Von Diskriminierung betroffen zu sein bedeutet nicht automatisch, selbst frei von ausgrenzenden Routinen zu sein. Das Kampf-Modell hat also Leerstellen, die vielleicht sogar das System am Laufen halten.

Deshalb plädiere ich für ein strategisches Konzept, welches diese Leerstellen in den Blick nimmt. Bausteine dazu liegen im Konferenzprogramm bereit. Die Rede ist dort nämlich davon, dass der Ausgrenzungsdiskurs alle von uns als Opfer treffen kann. Er kann jeder und jedem von uns – buchstäblich, das heißt, wie ein Label – angehängt werden. Und er kann uns auch über Mehrfachdiskriminierungen kumulativ treffen. Hinter diesen Feststellungen verbergen sich entscheidende Beobachtungen. Ich nenne zwei:

Erstens: Es gibt keinen speziellen homophoben, sexistischen, rassistischen, antisemitischen, autoritaristischen usw. Code der Diskriminierung. Es gibt nur einen einzigen, der gegen die unterschiedlichsten, jeweils konstruierten ‚Minderheiten‘ in Stellung gebracht werden kann, mit den unterschiedlichsten Begründungen und auf den unterschiedlichsten Diskursebenen. Der betreffende Code ist also die Basis für einen extrem breiten, extrem variablen und verwandlungsfähigen Diskurs.

Zweitens: Dieser arbeitet umgekehrt mit einem begrenzten Bausatz von Erzähl-Motiven, die keinerlei inhaltliche Verbindung zu denen haben, die herabgesetzt und diskriminiert werden. Das Sex-Label z.B. kann allen und jeder angehängt werden, Frauen, Behinderten, Juden, Homosexuellen [und Heterosexuellen], Fremden, Muslimen, Franzosen usw. – es tut nur so, als hätte es etwas mit der Sexualität der Betroffenen zu tun. Angesichts der ungeheuerlichen Wirkungen, die diese Praxis

angerichtet hat und immer noch anrichtet, klingt es eigentlich wie eine gute Nachricht, dass sie nur von *einem* Code lebt. Denn den kann man dann ja knacken.

Die schlechte Nachricht: Unsere kulturelle Praxis ist mit diesem Code – seit Jahrhunderten – in innigster Weise verwoben, er bestimmt Hierarchien, Justiz, Gehorsams- und Loyalitätsnetze, Ausbeutungs- und Abhängigkeitsstrukturen, Erziehungsstile und -ziele und vieles mehr. Susanne Kappeler hat einmal versucht, in eine Formel zu packen, wer und was alles vom erwähnten binären Code betroffen sein kann, welche Abmessungen gemeint sind.

Nach Kappeler geht es stets um „a hierarchy between the superior norm and the deviant >other<: man/woman, white/black, adult/child, First World/Third World, national/foreign, human/animal, [human] culture/nature, heterosexual/homosexual, Aryan/Jew, Christian/Jew, Christian/Muslim, healthy/sick, abled/disabled, civilized/primitive, and so forth.“

Die erste entscheidende Frage wäre natürlich, wie unsere Kultur die Binarität zwischen der erhöhenden Selbst- und der herabsetzenden Fremdzuschreibung codiert. Könnte man das sichtbar und bewusst machen, würde man diese Codierung zum Thema machen, statt sie als naturwüchsig hinzunehmen oder sie zu reproduzieren, könnte man ihr vielleicht ihre Macht nehmen. Dazu müssten wir alle zu einem sehr intensiven, langanhaltenden Lernprozess bereit sein, wobei das Forum, auf dem er sich entfalten sollte, in der Tat die Medien sind, wo hate speech hauptsächlich reproduziert wird.

„Es gibt keinen speziellen homophoben, sexistischen, rassistischen, antisemitischen, autoritaristischen usw. Code der Diskriminierung. Es gibt nur einen einzigen, der gegen die unterschiedlichsten, jeweils konstruierten ‚Minderheiten‘ in Stellung gebracht werden kann, mit den unterschiedlichsten Begründungen und auf den unterschiedlichsten Diskursebenen.“

Auf welchem Weg dies geschehen kann, das muss ich hier offen lassen. Ich beschränke mich auf den Stoff, auf hate speech, den wir alle täglich in den Blog-Seiten finden und wo alle Komponenten des Ausgrenzungscodes dargeboten werden. Es ist z.B. sehr auffällig, dass dort gegen die Opfergruppen oder Opferpersonen oft das Motiv der Dummheit, d.h. des fehlenden Verstandes aktiviert wird. Damit wird zunächst die Unfähigkeit oder der Unwille zur ‚Triebkontrolle‘ codiert. Auf der nächsttieferen Bedeutungsebene wird den Herabgesetzten totaler Egoismus, ja ein Freiheitsideal zugeschrieben, der/das sich kollektiven Zielen, dem sogenannten Gemeinwohl [der Zivilisation] entzieht und/oder entgegenstellt.

Beim Ausmalen der Triebstruktur derer, die herabgesetzt werden sollen, spielen schließlich drei derbe Motive die Hauptrolle: das Sexmotiv, das Ausscheidungsmotiv und das Fressmotiv. Was das Ausscheidungsmotiv betrifft, genügt der Hinweis auf den Begriff der Fäkalsprache, der auf diesen Motivbereich hinweist. Ich erinnere aber auch an die angeschlossenen, weniger derben ‚Erzählbereiche‘ Krankheit, Erreger, fehlende Hygiene usw. Dieses Motivfeld ist auch bei Gegen-Zuschreibungen,

zum Beispiel gegen Rechte oder Nazis usw. beliebt [vgl. ‚braune Brühe‘]. Aber auch der Begriff ‚shit storm‘ lebt davon.

Ein eklatanter Fall, in dem das Fressmotiv eine zentrale Rolle spielte, war der Begriff ‚Döner-Morde‘. Die verantwortlichen Behörden handelten, und die Medien berichteten entsprechend der Logik, die der Begriff, den sie ja selbst geprägt hatten, nahelegte. Kurz zusammen gefasst erzählt der Begriff den gierigen, d.h. tödlichen Kampf einer Meute um Beute. Die Meute stand – in den ‚Köpfen‘ der Behörden und vieler Medien – für den ‚Clan‘ aus dem Orient, der sich bei diesem Kampf untereinander umbringt. Über diese handlungsleitende Vorstellung setzten die Behörden die Opfer und ihre Angehörigen gleichermaßen herab. Nachdem der Begriff aufflog, waren jene Medien, die den Begriff gepusht hatten, die ersten, die ihn plötzlich verurteilten. Nur – sie konnten nicht erklären, warum er rassistisch war, sondern erfanden aus dem Stegreif oft abenteuerliche Thesen. An keiner dieser Stellen gab es die Kompetenz, die Funktionsweise des Ausgrenzungsdiskurses zu analysieren. Das ist mein Punkt.

Schließlich zum Sex-Motiv, das auf das Schreckgespenst vom ‚totalen‘ Sex abhebt, der uns alle konsumieren will. Unter rassistischer Begründung geht es mit dem Argument ‚explosionsartiger Vermehrung‘ [und daher Bedrohung] einher, unter homophober Begründung mit der Verweigerung ‚ordnungsmäßiger‘ Vermehrung. Ideologisch zielt das Motiv auf die Verpflichtung zum loyalen, kontrollierten, dem Gemeinwohl verpflichteten Kinderkriegen. Dies ist im Kern der Erzählstoff des westlichen Ausgrenzungscodes bzw. der Kern der bürgerlichen Moral unter dem Motto „Gott, Familie, Abendland“. Es ist eine Münze, die lediglich weitergegeben wird, gewiss ist es aber keine hart erkämpfte ‚persönliche Überzeugung‘. Es ist – kurz gesagt – heiße Luft mit politischem Anspruch. Aber gerade deshalb muss die ungeheuer massive Energie der Geschichte in sich zusammen fallen, sobald die Bloßstellung gelingt.

Über die Abmessungen des Ausgrenzungsdiskurses und über die Widerstände gegen die erwähnte Bloßstellung sollte man sich allerdings keine Illusionen machen. Als kultureller Code wirkt die Geschichte subkutan in der ganzen Breite der Medien und der medialen Unterhaltung und in allen relevanten Segmenten unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit. Und dennoch muss man den Lernprozess an irgendeiner Stelle beginnen, egal an welcher, und dafür insbesondere die Medien als Partner gewinnen.

■ Bericht über das Forum im LSVD-Blog: <http://www.lsvd-blog.de/?p=10676>



Poetry Slam [Musa Okwonga]



■ Siehe Videoaufzeichnung unter <https://www.youtube.com/watch?v=q-neUvlpKqC>

Rap-Beispiel:

„How to get respect when you die in the public eye“

Wie man Anerkennung bekommt, wenn man vor den Augen der Öffentlichkeit stirbt

Don't be Syrian.
Don't be a trans woman of colour.
In fact,
Don't be L, G, B or T.
Don't be a working-class black teen;
Be a middle-class kid, preferably white, from a
two-parent home.
Don't live within reach of a drone.
Don't be pictured with a joint while alive,
Don't let your fingers be seen anywhere near
a gang sign.
Don't date a man who hates you with all the
breath in his breast

*Sei besser kein Syrer.
Sei besser keine Schwarze Trans*Frau.
Genau genommen
Sei besser nicht L, S, B oder T.
Sei kein Schwarzes Arbeiterklasse-Kid;
Sondern ein Mittelklasse-Kid, am besten weiß,
mit einem Elternpaar zuhause.
Leb nicht im Einzugsbereich einer Drohne.
Lass dich nicht mit einem Joint ablichten,
Halte deine Pfoten weg
von Gang-Symbolen.
Triff keinen Mann, der dich mit jeder Faser
seines Herzens hasst,*

Since, when he eventually kills you, they'll just say
"You should have left".
[On which note,
Don't die at the hands of a male celebrity –
that never ends well.]
Don't be Syrian –
you heard us the first time.
If you're Syrian,
Your problem is that you may die in a conflict
too complex for people to understand,
Or so monotonous in its gore
That they'll merely throw up their hands.
Don't die a dull Third World death,
Failed by healthcare,
In a land where diarrhoea is lethal as Ebola.
Don't die a death that fascinates people,
Or your existence will be chopped up and
podcasted,
Fed back to us as pop culture.
Don't die a death where we risk getting dis-
tracted
By the fact your suspected killers
Are particularly attractive.
When you die,
Make sure we can relate to you.
Do some charity or some public service.
We're busy. We need to know quickly
That you weren't worthless.
If you don't die how we like
Then you'll be killed twice:
The first time, when you lose your life
And the second time, when the world de-
stroys your memory as well –
You see, our affections abandon nothing
more swiftly
Than a story that's not easy to tell.

[Musa Okwonga, 2015]

*Denn, wenn er dich schließlich umbringt,
werden sie nur sagen
„Du hättest halt gehen sollen“.
[Und pass auch auf,
dass du nicht durch die Hand eines Prominen-
ten stirbst – sowas endet nie gut.]
Sei keine Syrerin –
Das hab ich ja schon erwähnt.
Bist du aber eine oder einer, stirbst du vermut-
lich in einem Konflikt, der zu komplex ist, um
von anderen verstanden zu werden,
Oder so öde, immer nur vergossenes Blut,
Dass sie nur noch mit den Achseln zucken.
Stirb keinen dumpfen Dritte-Welt-Tod,
Wo es kein gutes Gesundheitssystem gibt,
In einem Land, wo Durchfall wie Ebola ist.
Stirb keinen Tod, der andere fasziniert,
Sonst wird deine Existenz verwurstet
als Podcast,
Und als Pop-Kultur an uns zurückverfüttert.
Stirb keinen Tod, bei dem wir abgelenkt wer-
den könnten,
weil deine Mörder vielleicht ungewöhnlich
attraktiv sind.
Wenn du stirbst, sorg dafür, dass wir einen
Bezug zu dir herstellen können.
Mach was mit Charity oder Gemeinschaft.
Wir sind busy und müssen schnell wissen,
Ob du nicht wertlos warst.
Wenn du nicht stirbst, wie wir das mögen,
Dann wirst du zweifach getötet:
Das erste Mal, wenn du dein Leben verlierst,
Und das zweite Mal, wenn die Welt
auch die Erinnerung an dich zerstört –
Denn unser Wohlwollen schwindet
ziemlich schnell, wenn
eine Geschichte nicht leicht erzählbar ist.*



Über die Referent_innen

→ **Dr. Julia Borggräfe**

Lesben- und Schwulenverband [LSVD], studierte Jura, Philosophie und Soziologie, Promotion im Arbeitsrecht. Partnerin autenticon – consulting in context und Geschäftsbereichsleiterin HR & Corporate Governance bei der Messe Berlin GmbH. Arbeitete als Leitende Führungskraft im Personalbereich der Daimler AG in Berlin, Stuttgart und Paris, als Personalreferentin bei der Köln-Messe sowie als Rechtsanwältin in einer Kanzlei in Tel Aviv. Borggräfe verfügt über Ausbildungen in Systemischer Beratung, Mediation, Change- und Projektmanagement. Ihre Schwerpunkte sind Organisationsentwicklung und Change Management, Human Resources/Personal und Business Ethics. Sie unterstützt bei der Organisationsentwicklung und der Leitung großer Veränderungsprojekte und berät bei der Einführung & Umsetzung von Business Ethics und Compliance, im Internationalen HR-Management sowie bei der Evaluation und Strukturierung von Personalbereichen.

→ **Dr. Zülfukar Çetin**

Stiftung Wissenschaft und Politik, lehrt an der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin im Bereich Soziale Arbeit. Seine Doktorarbeit zu Homophobie und Islamophobie wurde 2014 im Rahmen des Deutsch-Türkischen Wissenschaftsjahrs mit dem Wissenschaftspreis ausgezeichnet. Seit Oktober 2014 arbeitet er an seinem Post-Doc-Projekt „LSBTI-Politik und -Bewegung in der Türkei“ als Mercator-IPC-Fellow bei der Stiftung Wissenschaft und Politik. Er ist Vorstandsmitglied des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg. Seine letzte Publikation „Gespräche über Rassismus. Perspektiven und Widerstände“ ist im März 2015 im Verlag Yılmaz-Günay erschienen. [zum Beitrag]

→ **Günter Dworek**

Bundesvorstand des Lesben- und Schwulenverbands LSVD e.V., Jahrgang 1960, lebt und arbeitet in Berlin. Er ist ehrenamtliches Mitglied im Bundesvorstand des Lesben- und Schwulenverbands [LSVD] sowie Stiftungsratsvorsitzender der Hirschfeld-Eddy-Stiftung, eine Stiftung für die Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender. Dworek ist seit vielen Jahren engagiert in der Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik, ebenso in der Erinnerungsarbeit. So gehörte er unter anderem zu den Initiatoren des „Denkmals für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen“ in Berlin. [zum Beitrag]

→ **Elke Ferner**

Parlamentarische Staatssekretärin beim BMFSFJ, geboren am 5. Mai 1958 in Idar-Oberstein, verheiratet. Nach der Ausbildung zur EDV-Kauffrau arbeitete sie bis 1990 als Programmiererin in verschiedenen Großbetrieben. Von 1990 bis 1998 und seit 2002 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestages. In den Jahren 1998 bis 2000 war sie als beamtete Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen tätig. Seit Dezember 2013 ist sie Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Seit 2004 ist sie Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen [AsF] und seit 2007 Mitglied im Parteivorstand der SPD. Von 2005-2007 war sie Stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD und gehörte von 2007-2011 dem Präsidium der SPD an. [zum Beitrag]

→ **Katrin Gottschalk**

Chefredakteurin von Missy Magazine, geboren 1985 in Dresden, ist Chefredakteurin des Missy Magazine – Print und Online. Für die Frankfurter Rundschau schreibt sie außerdem über Themen aus dem Netz, Politik, Gesellschaft und Kultur. Ihre Texte sind auf Spiegel Online, in der taz – die tageszeitung, dem Tagesspiegel oder auf DRadio Wissen erschienen. Sie gibt Schreibworkshops an der Universität der Künste in Berlin und trägt zu den Themen „Geschlechterbilder in den Medien“ oder „Frauenbewegung in der DDR“ vor. [zum Beitrag]

→ **Carolin Hesidenz**

Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dok Köln, ist freie Mitarbeiterin der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum im Regierungsbezirk Köln, außerdem freiberuflich Trainerin in der politischen Bildungsarbeit. Ihre Themenschwerpunkte sind extreme Rechte, [Anti-] Rassismus sowie aktuelle rechte Mobilisierungen wie HoGeSa, PEGIDA und die "Besorgten Eltern". Unter anderem ist sie beim Netzwerk für Demokratie und Courage aktiv. [zum Beitrag]

→ **Dr. Bertold Höcker**

Superintendent des Evangelischen Kirchenkreises Berlin Stadtmitte, Jahrgang 1958, vertritt die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz am Runden Tisch zur Akzeptanz sexueller Vielfalt des Landes Berlin. Der gelernte Orgelbauer studierte ursprünglich Kirchenmusik. Nach dem Abitur am Abendgymnasium promovierte er in Theologie und machte einen Diplomabschluss in Psychologie. Es folgten diverse Stationen im In- und Ausland. Seit 2009 ist er als Superintendent des Evangelischen Kirchenkreises Berlin Stadtmitte tätig. Höcker ist Autor zahlreicher Bücher zu Fragen von Unternehmensberatung und Unternehmensethik, u.a. publizierte er zum Thema ‚Segnung von Partnerschaften‘. [zum Beitrag]

→ **Klaus Jetz**

LSVD-Geschäftsführer, arbeitete als Journalist mit Schwerpunkt Lateinamerika, als Übersetzer für spanische und lateinamerikanische Literatur und war an einem Media-Watch-Projekt der Heinrich-Böll-Stiftung beteiligt, bevor er 1995 Pressesprecher des Lesben- und Schwulenverbands in Deutschland (LSVD) in Köln und Berlin wurde. Seit 2004 ist er Geschäftsführer des LSVD, seit 2007 auch verantwortlich für die Hirschfeld-Eddy-Stiftung des Verbandes, die sich für die weltweite Respektierung der Menschenrechte unabhängig von der sexuellen Identität einsetzt. Er hat zahlreiche Artikel zum Thema veröffentlicht (so z.B. zum arabischen Frühling aus schwuler Sicht). [zum Beitrag]

→ **Anetta Kahane**

Tochter jüdischer Kommunisten, die vor dem nationalsozialistischen Regime aus Deutschland fliehen mussten, war nach der politischen Wende in der DDR erste und zugleich letzte Ausländerbeauftragte des Magistrats von Ost-Berlin. 1991 gründete sie die Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA e.V.). Im gleichen Jahr erhielt sie die Theodor-Heuss-Medaille für "Die friedlichen Demonstranten des Herbstes 1989 in der damaligen DDR". Kahane hat die Amadeu Antonio Stiftung mitgegründet und ist seit 2003 hauptamtliche Vorsitzende. Für ihr Engagement gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus erhielt sie 2002 den Moses-Mendelssohn-Preis. Publikationen: "Ich durfte, die anderen mussten", in: von Wroblewsky (Hg): "Zwischen Thora und Trabant. Juden in der DDR", Aufbau-Verlag, Berlin 1993 und "Ich sehe was, was du nicht siehst. Meine deutschen Geschichten", Rowohlt Verlag Berlin 2004 [zum Beitrag]

→ **Andreas Kemper, M.A.**

Publizist, Blogger, Soziologe Doktorand der Uni Münster. Sein Forschungsschwerpunkt ist klassenbezogene Diskriminierung, wozu er 2009 das Einführungswerk „Klassismus. Eine Einführung“ verfasste, zus. mit H. Weinbach. Weitere Studien befassen sich mit dem organisierten Antifeminismus wie „[R]echte Kerle. Zur Kumpanei der Männerrechtbewegung“ [2011], „Die Maskulisten. Organisierter Antifeminismus im deutschsprachigen Raum“ [hg. 2012] und Anti-PC-Abwehrstrategien [„Sarrazins Correctness. Ideologie und Tradition der Menschen- und Bevölkerungskorrekturen“, 2014]. Aktuell arbeitet Kemper zur AfD und deren Umfeld. Hier verfasste er 2013 das erste Buch zur AfD [„Rechte Euro-Rebellion“], zwei Expertisen für die Friedrich-Ebert-Stiftung zur Geschlechterpolitik der AfD [„Keimzelle der Nation?“ Bd. I , II] sowie eine ideologiekritische Faschismusanalyse zu Björn Höcke, AfD. [zum Beitrag]

→ **Noah Keuzenkamp**

Capacity Building Officer, has been involved in trans and LGBT activism for the past five years in Europe and South Asia. Before joining TGEU, Noah was Project Manager at an LGBT organisation in the UK. He has also worked for ARC Inter-national in Geneva, for the feminist human rights organisation CREA in New Delhi, and for UN AIDS in Colombo. He has experience in advocacy, policy and capacity building work at UN, national and local levels, including on trans rights, sex workers' rights, HIV/AIDS, sexual and reproductive health and rights, and decriminalisation of homosexuality. He has worked in schools and with young people to tackle transphobia and homophobia in education. Noah holds an MPhil in Politics & Education from the University of Cambridge. [zum Beitrag]

→ **Dr. Ulrich Klocke**

Sozialpsychologe, Humboldt-Universität zu Berlin, befasst sich in seiner Forschung und Lehre mit folgenden Fragen: Welche Ursachen und Folgen haben Stereotype, Vorurteile und Diskriminierung [insbesondere gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Trans*-Personen]? Welchen Einfluss haben Einstellungen zu Geschlechterrollen und wie kann man diese messen? Wie kann man Vorurteile abbauen, z. B. durch persönlichen Kontakt oder die Berücksichtigung von Diversität [Vielfalt] in der Schule? Welche Konsequenzen haben Diversität und Dissens in Kleingruppen und Organisationen und wie sollte man mit ihnen umgehen? Welche Folgen hat es, an einen freien Willen zu glauben? Kontakt: klocke@hu-berlin.de, Web: www.psychologie.hu-berlin.de/de/mitarbeiter/57490 [zum Beitrag]

→ **Katja Krolzik-Matthei**

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am FB Soziale Arbeit, Medien, Kultur d. Hochschule Merseburg, ist Dipl.-Sozialpädagogin und Sexualwissenschaftlerin [M.A.] mit mehrjähriger Erfahrung in der feministischen Mädchenarbeit, Sexualpädagogik und anderen Handlungsfeldern Sozialer Arbeit. Im wissenschaftlichen Bereich war sie als Forschungs Koordinatorin der Jugend-Sexualitätsstudie PARTNER 4 [Leitung: Prof. Dr. Konrad Weller] tätig. Seit 2014 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Traumatisierung“ [Leitung: Prof. Dr. Heinz-Jürgen Voß] an der Hochschule Merseburg. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Abtreibung, Sexuelle und Reproduktive Selbstbestimmung, Jugendsexualität, Sexuelle Bildung, Sexualisierte Gewalt in pädagogischen Kontexten. [zum Beitrag]

→ **Juliane Lang, M.A.**

Geschlechter- und Erziehungswissenschaftlerin. Mitglied im Forschungsnetzwerk ‚Frauen und Rechtsextremismus‘, studierte u.a. Gender Studies und ist Trainerin in der politischen Bildungsarbeit zu Rechtsextremismus und Geschlecht, Anti-Rassismus und in der pädagogischen Rechtsextremis-

mus-Prävention. Bisherige Stationen: ‚Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus‘ im Verein für demokratische Kultur sowie ‚Dissens‘, Institut für Bildung und Forschung, beide in Berlin. Seit 2005 ist Lang wissenschaftlich und publizistisch zu Themen wie Familien- und Geschlechterpolitiken der extremen Rechten sowie Antifeminismus als Scharnier zwischen bürgerlicher und extremer Rechter tätig. Web: www.frauen-und-rechtsextremismus.de [zum Beitrag]

→ **Barbara Loth**

Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, Berlin, seit Dezember 2011 Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen. Zuvor war sie ab 2006 Bezirksstadträtin für Wirtschaft, Verkehr und Gesundheit in Berlin Steglitz-Zehlendorf. Seit 2006 ist sie stellvertretende Vorsitzende der Berliner SPD. Loth war von 1991-2006 Richterin am Arbeitsgericht Berlin und von 2004 bis 2006 Vorsitzende des Hauptrichterrats der Berliner Richterinnen und Richter. Als Staatssekretärin ist Loth zuständig für den Bereich der Landesarbeitsgerichte, Integration und Migration, Frauen und Gleichstellung und für die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung [LADS]. [zum Beitrag]

→ **Dr. med. Lieselotte Mahler**

Psychiatrische Universitätsklinik der Charité, Oberärztin an der Psychiatrischen Universitätsklinik der Charité. Sie leitet eine Allgemeinpsychiatrische Station sowie eine Mehrgenerationen-Tagesklinik. Die Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie ist Mitbegründerin und Vorsitzende des DGPPN-Referates „Sexuelle Orientierungen und Geschlechtsidentitäten in Psychiatrie und Psychotherapie“. Zahlreiche nationale und internationale Vorträge und Publikationen, wie z.B. das Positionspaper der Weltärztekammer [WMA] „Statement on Natural Variations of Human Sexuality“. Zudem ist sie Mitinitiatorin des mehrfach ausgezeichneten „Weddinger Modells“, eines neuen Recovery-orientierten Psychiatrie-Konzepts. Kontakt: lieselotte.mahler@charite.de

→ **Dr. Andrés Nader**

Geschäftsführer der RAA Berlin. Der Kulturwissenschaftler promovierte 1999 an der Cornell University mit einem Schwerpunkt im damals neuen Studiengebiet „LGBTQ Studies“. Danach unterrichtete er an der University of Rochester und der New York University. Sein Buch „Traumatic Verses: On Poetry in German from the Concentration Camps, 1933-1945“ gewann 2008 den MLA Preis für Unabhängige Forschung. Er ist Consultant der Amadeu Antonio Stiftung zu den Themen Rassismus und Antisemitismus und leitete dort bis Ende 2010 ein Projekt zur lokalen Auseinandersetzung mit NS-Geschichte. Die Situation von Minderheiten in Deutschland in Vergangenheit und Gegenwart ist ein Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen und beruflichen Tätigkeit. Web: www.raa-berlin.de

→ **Musa Okwonga**

Dichter und Autor, Sportreporter, Rundfunksprecher, Musiker, Berater für Öffentlichkeitsarbeit und Publizist für aktuelle Nachrichten zu Themen wie Kultur, Politik, Sport, „Race“, Gender und Sexualität. Okwonga studierte Jura an der Universität von Oxford. Er versorgt Unternehmen und NGOs mit sorgfältigen Recherchen, berät sie im Hinblick auf Kommunikationsstrategien und arrangiert Features über ihre Arbeit in Kooperation mit international renommierten Medienorganisationen wie BBC, The Guardian, The Telegraph, The Wall Street Journal und Financial Times. Musa veröffentlicht auch Gastkommentare zu unterschiedlichen Themen bei Al-Jazeera America, The New Statesman und The Independent. Er hielt Vorträge zu den Themen Social Media und Literatur für BBC Radio 3 und 4 [letzteres an der Royal Society of Arts in London]. Okwonga schreibt auch für The Guardian, The New Humanist und die Financial Times. Web: <http://www.okwonga.com> [zum Beitrag]

→ **Dr. Jobst Paul**

Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, Kulturwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung [DISS]. Sein Schwerpunkt ist die Erforschung des binaristischen westlichen Ausgrenzungscodes [code of dehumanization], u.a. mit Blick auf Biologismus, Rassismus und Antisemitismus. Daneben leitete er zwischen 2005-2006 das Forschungsprojekt „Staat, Nation, Gesellschaft“ zu gesellschaftspolitischen Interventionen deutsch-jüdischer Autoren im 19. Jahrhundert und koordiniert seit 2006 die Edition „Deutsch-jüdische Autoren des 19. Jahrhunderts. Schriften zu Staat, Nation, Gesellschaft“. [zum Beitrag]

→ **Dr. Jennifer Petzen**

Geschäftsführerin, Lesbenberatung e.V., forscht seit 2001 zu transnationalen queeren Politiken und Bewegungen. Sie veröffentlicht in verschiedenen Zeitschriften und in Sammelbänden regelmäßig zu den Themen „Rassismus in queeren und feministischen Bewegungen“, „Rezeption von Intersektionalität in Europa“ sowie zu „Homonationalismus in der Bundesrepublik Deutschland“. Sie lehrte und lehrt in Berlin, Seattle und Istanbul zu den Themen „Gender- und Queer-Theorie sowie zu Migration und zu antimuslimischem Rassismus. Seit 2014 ist sie Geschäftsführerin der Lesbenberatung Berlin e.V. Kontakt: jenniferpetzen@lesbenberatung-berlin.de [zum Beitrag]

→ **Dr. Heike Radvan**

geboren 1974, Leiterin der Fachstelle „Gender und Rechtsextremismus“ der Amadeu Antonio Stiftung, in der sie seit 2002 tätig ist. Radvan promovierte 2010 zum Thema „Pädagogisches Handeln und Antisemitismus“ an der Freien Universität Berlin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind „Pädagogisches Handeln im Umgang mit Antisemitismus“ und „Geschlechterreflektierende Rechtsextremismus-Prävention“. Sie koordinierte die Erarbeitung der Wanderausstellungen „Das hat’s bei uns nicht gegeben! Antisemitismus in der DDR“ und „Germany after 1945. A society confronts Anti-Semitism, Racism and Neonazism“. Radvan ist Lehrbeauftragte an der Freien Universität im „European Master for Intercultural Education“. [zum Beitrag]

→ **Arn Sauer M.A.**

TransInterQueer TrIQ, Berlin, war Research Associate am Simone de Beauvoir-Institut der Concordia Universität in Montreal und Lehrbeauftragter im Studiengang Gender & Diversity der Freien Universität Berlin. Er arbeitete als wissenschaftlicher Berater und Trainer u.a. für Status of Women Canada, HIVOS, das Deutsche Institut für Menschenrechte, die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, die Landesantidiskriminierungsstelle Berlin sowie für private Träger wie die Dreilinden-Stiftung u.a. Mit Jannik Franzen erstellte er 2010 für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes die erste deutsche Studie zur Benachteiligung von Trans*-Personen im Arbeitsleben. 2014-2015 war er Studienleiter der aktuellen BMFSFJ-Studie zu geschlechtlicher Vielfalt. Sauer ist Mitgründer des informellen Netzwerks Trans-Inter-Wissenschaft, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Transgender Netzwerks Berlin [TGNB] und ehrenamtlich tätig für TransInterQueer e.V. [TrIQ]. [zum Beitrag]

→ **Prof. Dr. Anne-Christin Schondelmayer**

TU Chemnitz, studierte Erziehungswissenschaft an der Universität Trier und der Freien Universität Berlin [FU] und schloss 2003 mit dem Diplom ab. Zwischen 2005 und 2009 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der FU und wurde dort 2009 aufgrund ihrer Arbeit „Interkulturelle Handlungskompetenz“ promoviert. Sie vertrat die Juniorprofessur für Interkulturelle Erziehungswissenschaft bis 2010 und leitete dann die Evaluation der Berliner Initiative für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt [ISV] für das ‚centrum für evaluations- und sozialforschung‘ [ces]. Im Oktober 2012

wurde sie zur Junior-Professorin für Interkulturelle Pädagogik an die Technische Universität Chemnitz berufen. Kontakt: anne.schondelmayer@phil.tu-chemnitz.de [zum Beitrag]

→ **Prof. Dr. med. Harald Stumpe**

Dekan des FB Soziale Arbeit, Medien und Kultur der Hochschule Merseburg, Sozialmediziner, Sexualwissenschaftler und Psychotherapeut. Er entwickelte in Kooperation mit Pro Familia die Zusatzausbildung „Sexualpädagogik“ [Bundesmodellprojekt] und die Masterstudiengänge „Sexualpädagogik und Familienplanung“ sowie „Angewandte Sexualwissenschaft“. Stumpe ist Gründungsmitglied und Vorsitzender des Landesverbandes Thüringen der Pro Familia, Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Sexualwissenschaft [GSW], Vorsitzender der Fördergemeinschaft „Sexualpädagogisches Zentrum Merseburg“ sowie des Vereins „zusammen wohnen“ [alternative Wohnprojekte für Senioren]. [zum Beitrag]

→ **Aleksej Urev**

Landeskoordination Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben und Schwule NRW, Rubicon e.V., Jahrgang 1979, geboren in Tjumen, Russische Föderation, Migration in die BRD im Zuge der Spätaussiedlung, lebt seit 1999 in Köln / Leverkusen. Studium der Jurisprudenz in Tjumen und der Sozialen Arbeit in Köln. Engagement und Mitarbeit in verschiedenen Antidiskriminierungsprojekten mit Schwerpunkt „Diversitäts- und vorurteilsbewusste Jugend- und Erwachsenenbildung“ in Deutschland, Russland und Südafrika. Zurzeit angestellt bei Rubicon e.V. in Köln im Aufgabenfeld „Landeskoordination der Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben und Schwule in Nordrhein-Westfalen“. [zum Beitrag]

→ **Prof. Dr. Andreas Zick**

Direktor des Instituts f. Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung [IKG] der Universität Bielefeld, ist Professor für Sozialisation und Konfliktforschung. Der Sozialpsychologe leitet, gemeinsam mit Ulrich Wagner, das Graduiertenkolleg Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Er ist Mitglied im Stiftungsrat der Amadeu Antonio Stiftung [Vorsitzender] und der Freudenberg Stiftung sowie wissenschaftlicher Beirat für „Konflikte und Gewalt im Fußball“ des Ligaverbandes, Kuratoriumsmitglied der Civis Medienstiftung und Mitglied des Rates für Migration. [zum Beitrag]



Veranstalter, Kontakt und Impressum

Amadeu Antonio Stiftung



Die Amadeu Antonio Stiftung tritt für eine Gesellschaft ein, in der Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus keinen Platz haben. Wir glauben, dass man gegen Neonazis am wirksamsten mit Initiativen und Projekten vor Ort angehen kann: Initiativen, die sich dauerhaft gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren und die für demokratische Kultur und den Schutz von Minderheiten eintreten. Für sie und ihr Handeln gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wollen wir Öffentlichkeit schaffen, ihnen mit Rat und Tat oder auch finanzieller Unterstützung zur Seite stehen. Seit ihrer Gründung 1998 hat die Amadeu Antonio Stiftung über 850 lokale Initiativen und Projekte in den Bereichen demokratische Jugendkultur, Schule, Opferschutz und Opferhilfe, kommunale Netzwerke sowie Ausstiegsangebote aus der Naziszene unterstützt. Der Namensgeber der Stiftung, Amadeu Antonio, wurde 1990 von rechten Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt, weil er schwarz war. Er war eines der ersten von heute 184 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer.

Die Fachstelle „Gender und Rechtsextremismus“ in der Stiftung hat zum Ziel, Rechtsextremismus aus Genderperspektive zu erforschen. Rechtsextremismus wird häufig als nur „männliches Phänomen“ wahrgenommen. Diese verengte Perspektive verliert rechtsextreme Frauen, ihre Strategien, Positionen und Handlungen aus dem Blick und versperrt Handlungsmöglichkeiten in der zivilgesellschaftlichen und pädagogischen Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen und ihren [auch genderbezogenen] Motiven. Seit 2015 setzt die Fachstelle ein bundesweites Strukturprojekt zur Gendersensiblen Präventionsarbeit gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit [GMF] im Programm „Demokratie leben“ um. Auch die pädagogische Bearbeitung von Phänomenen der GMF braucht eine Genderperspektive. Die Fachstelle will diese Diskussion vorantreiben und kooperiert bundesweit mit Trägern und Projekten, die in diesem Themenfeld arbeiten, um neue Praxisansätze zu entwickeln. Im Rahmen der Praxisforschung mit Jugendeinrichtungen sowie durch Veranstaltungen und Veröffentlichungen entstehen Handlungsmöglichkeiten und Qualitätskriterien für die pädagogische Arbeit. Zu den genannten Themen beraten und qualifizieren wir Fachkräfte in unterschiedlichen pädagogischen Arbeitsfeldern.

Kontakt: Amadeu Antonio Stiftung, Fachstelle Gender und Rechtsextremismus
Linienstr. 139, 10115 Berlin
Tel.: +49 [0]30 240 886-12, Fax: 030 240 886-22
E-Mail: gender@amadeu-antonio-stiftung.de
Web: www.gender-und-rechtsextremismus.de

Lesben- und Schwulenverband [LSVD]



Lesben, Schwule, bisexuelle sowie trans- und intersexuelle Menschen [LSBTI] sollen ihre persönlichen Lebensentwürfe selbstbestimmt entwickeln können, frei von rechtlichen und anderen Benachteiligungen, frei von Anfeindungen und Diskriminierungen. Der Lesbian- und Schwulenverband [LSVD] ist ein Bürgerrechtsverband, der seit 25 Jahren gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität kämpft und sich für gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt engagiert. Der LSVD setzt sich für eine rechtliche Gleichstellung auf allen Ebenen ein, ebenso für eine umfassende Antidiskriminierungs-Gesetzgebung und wirbt für die Akzeptanz von LSBTI-Lebensweisen.

Aktuelle Arbeitsfelder des LSVD sind insbesondere der Einsatz für die „Ehe für alle“ – die rechtliche Gleichstellung durch Öffnung der Ehe, die Einführung eines bundesweiten Aktionsplans gegen Homophobie und Trans-

phobie, Engagement für eine Pädagogik der Vielfalt, Unterstützung von Regenbogen-Familien, Kampf um die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer antihomosexueller Strafgesetze in Deutschland, die internationale Menschenrechtsarbeit und der Einsatz für LSBTI-Flüchtlinge. Der LSVD ist in allen Bundesländern mit Landesverbänden vertreten. Ihm gehören neben zahlreichen Einzelpersonen zudem bundesweit über 130 Fachverbände, regionale Vereine, Projekte und Unternehmen als Mitglieder an.

Als Antidiskriminierungsverband leistet der LSVD auch Beratungsarbeit, praktische Hilfe und Unterstützung in Problemsituationen. Mit seiner Menschenrechtsstiftung, der Hirschfeld-Eddy-Stiftung, unterstützt der LSVD auch LSBTI-Menschenrechtsverteidiger_innen und zahlreiche Projekte im globalen Süden und in Osteuropa. Die LSVD-Zeitschrift „respekt!“ erscheint zweimal im Jahr.

Kontakt: Lesben- und Schwulenverband [LSVD]
Hülchrather Str. 4, 50670 Köln
Tel. +49 [0]221 925 961-0
E-Mail: lsvd@lsvd.de
Web: www.lsvd.de

Gefördert durch



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

**Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

Lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle beziehungsweise transgeschlechtliche Menschen und Menschen mit Geschlechtsvarianz [intersexuelle bzw. intergeschlechtliche Menschen] begegnen in ihren Leben Unwissenheit, Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt. Im Jahre 2014 wurde im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Referat „Gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Geschlechtsidentität“ neu eingerichtet, das seitdem innerhalb der Bundesregierung koordinierend für Fragestellungen und Aufgaben im Hinblick auf lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle bzw. transgeschlechtliche Menschen und Menschen mit Geschlechtsvarianz/ intergeschlechtliche Menschen aktiv ist. Es ist zudem Ansprech-partner für die Länder, für Betroffenenorganisationen und Verbände [national wie international].

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nimmt auch an zahlreichen Veranstaltungen teil, um sich aktiv in den Dialog um die Lebenslagen dieser Bürgerinnen und Bürger einzubringen. Das Bundesfamilienministerium unterstützt außerdem eine Vielzahl von Projekten und Veranstaltungen im Bereich Gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Geschlechtsidentität. Das Bundesfamilienministerium hat im September 2014 eine interministerielle Arbeitsgruppe [IMAG] zur Situation inter- und transgeschlechtlicher Menschen unter seinem Vorsitz eingerichtet. Darin wirken das Bundesministerium des Innern, das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz sowie das Bundesministerium für Gesundheit als ständige Mitglieder mit. Die vielfältigen Fragestellungen und Problemlagen sollen durch den Austausch mit Fachpersonen und Interessenvertretungen beleuchtet und notwendige gesetzgeberische Lösungen gefunden werden.

Weiterführende Informationen finden Sie unter www.bmfsfj.de

Kontakt: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Referat 215 - Gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Geschlechtsidentität
Glinkastraße 24, 10117 Berlin
Tel: +49 [0]30 18 555-0
E-Mail: 215@bmfsfj.bund.de
Web: www.bmfsfj.de

Impressum

- Verantwortlich für den Inhalt im Sinne des Pressegesetzes:

Klaus Jetz, Geschäftsführer des LSVD

LSVD-Geschäftsstelle Köln

Hülchrather Str. 4, 50670 Köln

Tel.: +49 [0]221-925961-0

Fax: +49 [0]221-925961-11

E-Mail: lsvd@lsvd.de

Veranstaltungsorganisation

- Anja Kretzer, Projekte & Fördermittel

Pannierstraße 45, 12047 Berlin

Tel. +49 [0]30 62726525

E-Mail: info@anjakretzer.de

Web: www.anjakretzer.de

- **Fotos:**

Caro Kadatz

Web: <https://www.flickr.com/photos/joekla/>

- **Videoaufzeichnung und Videoschnitt:**

Robert Hecklau

- **[Online]-Dokumentation:**

Helga Braun, coMedia

Web: www.comedia-hamburg.de

